



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Papen — wie lange noch!?

Scharfe Erklärungen gegen ihn von allen Seiten

Reichspräsident von Hindenburg empfangen gestern nachmittag den Reichskanzler von Papen zu einer Besprechung über die durch die Wahl gegebene politische Lage.

In den Kreisen der Regierung hat man gestern von „Verbreiterung der Grundlage der Regierung“, von „Verhandlungen mit Parteiführern“ gesprochen. Darin kommt sowohl das Gelüste zum Bleiben zum Ausdruck wie die Sorge um das wankende Fundament. Es scheint, daß sich Herr v. Papen unsicherer fühlt, als er sich nach außen gibt.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“, die mit ihm durch die und dünn gegangen ist, erschien gestern abend ein Artikel „Rationale Einigung notwendig“. Es ist bekannt, daß dieser Artikel die Ansichten des Herrn v. Papen selbst wiedergibt. Der Inhalt des Artikels ist ein Angebot an Hitler, eine Aufforderung, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Kurs des Kabinetts der Barone weiterführen soll. In diesem Angebot heißt es:

„Wie wiederholen, daß hierbei Personenfragen unter allen Umständen von neben-

sächlicher Bedeutung sein müssen. Es kommt nicht darauf an, wer Reichskanzler und wer Reichsminister ist, sondern alles kommt darauf an, eine Regierungsform zu finden, die dem bisherigen Zustand ein Ende macht.“

Darin ist nicht nur eine Aufforderung an Hitler zu erblicken, nicht halsstarrig auf Personenfragen zu bestehen, sondern zugleich eine Resignation von Papen selbst.

Unmittelbar nach der Feststellung des Wahlergebnisses hat ein Ansturm gegen den Chef des Kabinetts der Barone eingelegt, der ihm deutlich zeigt, daß seine Tage gezählt sind. Es ist selbstverständlich, daß ihm Sozialdemokraten und Kommunisten in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. Hitler hat unzweifelhaft zu verstehen gegeben, daß er zu Verhandlungen bereit ist, aber erst nach dem Sturze von Papen.

Die Zentrumspartei hat am Montag einen Aufruf erlassen, in dem Herrn v. Papen auf seinen Ruf nach einem Rechtsblock eine neue Abgabe erteilt wird. Der Aufruf lautet:

„Das Biotum des 6. November bedeutet eine vernichtende Abgabe an das jetzige System, ein „bis hierher und nicht weiter“

gegenüber denen, die unserem Volke und seiner Vertretung die Rechte nehmen wollen, ohne die ein gefundes Staatsleben nicht bestehen kann. Der Spruch des Volkes ist für uns Ermächtigung und Aufforderung, auf unserem Weg weiterzuschreiten im Vertrauen auf die Treue unserer Wählerschaft, im Vertrauen auf die Güte der Sache, der wir dienen.

Dem Staat kann nur dienen, wer nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volk geht. Die Regierung hat gegen das Volk optiert. Das Volk hat ihr die Antwort gegeben.

Auf Grund dieses Volksurteils werden wir jeden verantwortbaren Schritt zur Überbrückung der Furchung zwischen den politischen Lagern und zur Errichtung einer starken völkerverbundenen Reichsregierung an Stelle des unmöglichen Zustandes von heute.“

Als Kommentar zu dieser Stellungnahme des Zentrums liest man groß über der „Germania“ „Niemaß mit dieser Regierung!“

Unter diesen Umständen fällt es auf, daß die amtliche Mitteilung über den Empfang des Herrn v. Papen beim Reichspräsidenten nichts enthält von der sonst in ähnlicher Lage üblichen Betonung des Vertrauens des Reichspräsidenten.

Der „stille Wähler“

Papens unsichtbares Heer

Papens „parlamentarische Regierungsbasis“ hat sich durch die Reichstagswahl gewaltig verbreitert. Aus 7 Proz. der Wähler sind 10 Proz. geworden, gewissenhafte Statistiker berechnen sogar eine Regierungsbasis von 10,5 Proz. und schließen mit eherner mathematischer Folgerichtigkeit daraus, daß dieses Wachstum eine Verbreiterung der Regierungsbasis auf das Aderthabfache, also um 50 Proz. ist.

Allerdings kann keine Mathematik über die Tatsache hinweghelfen, daß 10 Proz. der abgegebenen Stimmen nur ein Zehntel sind, und daß diesen 10 Proz. das Neunfache an gegnerischen Stimmen entgegensteht. Aber nicht umsonst ist Herr Papen der Schöpfer jener sinnvollen Theorie, die da behauptet: das ganze deutsche Volk stünde hinter der autoritären Staatsführung, es wüßte das nur noch nicht. — Auf dieser Basis fortarbeitend, schafft die papenfromme Presse der autoritären Staatsführung neue Heere unsichtbarer Anhänger. Wie macht man das? — Das macht man so: 79 Proz. der Wähler haben gewählt, also haben 21 Proz. der Wähler nicht gewählt. Warum? Dafür gibt es selbstverständlich nur einen Grund: um Herrn Papen seine volle Zustimmung auszudrücken. Das ist kein Spaß. So schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

Die Regierung kann auch mit größter Wahrscheinlichkeit die Stimmen der Nichtwähler in Anspruch nehmen, und sie kann vielleicht darüber hinaus mit der stillen Zustimmung zahlloser Wähler rechnen, die aus Tradition ihrer Partei die Treue halten, da es ja eine Möglichkeit des offenen Bekenntnisses zum Regierungskurs nicht gab.

Der „stille Wähler“ ist ein neuer Faktor der Politik. Die „Kreuz-Zeitung“ sollte sich diesen Einfall patentieren lassen. Der Mann wählt aus alter Anhänglichkeit kommunistisch, sozialdemokratisch, nationalsozialistisch, Zentrum — aber gemeint hat er Papen! Die „Kreuz-Zeitung“ ahnt, daß die Wurzeln der Papen-Macht nicht weit von den Wurzeln der Brachtischen Zwickel zu suchen sind: bei den Stillen im Lande.

Herrn Papen sollte es trotzdem allmählich klar werden, daß die grotesken Versuche seiner Presse, die gänzliche Wurzel- und Anhangslosigkeit dieser Regierung in allgemeine Sympathie umzuwandeln, ihn und seine Regierungstaktik dem Fluch der Lächerlichkeit überliefern. Trotz der Gedächtnisschwäche unserer Zeit dürfte es noch einige Leute in Deutschland geben, die sich erinnern, was die gleiche Presse bei früheren Gelegenheiten nach dem Rücktritt republikanischer Regierungen schrieb, wenn diese zwar über knappe, aber immerhin vorhandene parlamentarische Mehrheiten verfügten. Damals war es eine beliebte Redensart, daß solche Mehrheiten, die „mit dem Rechenstift“ errechnet seien, nicht gelten. Ueber das Preußenkabinett Braun ist die gleiche Presse in den Jahren 1924 bis 1928 wie wild hergefallen, weil ihm zwei Stimmen an der Mehrheit im Landtag fehlten.

Diese gleiche Presse aber müht sich mit dem Versuch ab, der Welt dargutun, daß sage und schreibe 10 Proz. der Wähler sich als Mehrheit des Volkswillens ausdeuten ließen. Da rechnet sie der Regierung die Nichtwähler zu und konstruiert sogar den „stillen Wähler“, der, um die Regierung zu unterstützen, gegen sie stimmt! Was hätte wohl die gleiche Presse gesagt, wenn Braun und Severing sich die preußischen Nichtwähler oder vielleicht die deutschnationalen

Die Barone gegen Grundrechte

Skandalöse Verschlechterung des Schulwesens geplant

Der Chef des Kabinetts der Barone, Herr von Papen, hat in seiner Münchener Rede dem deutschen Volke gnädigst zugestanden, daß es seine Grundrechte behalten dürfe, die im Teil II der Weimarer Verfassung niedergelegt sind. In diesem Zugeständnis lag eingeschlossen die Absicht, dem Volke die wichtigsten politischen Rechte, die der erste Teil der Verfassung feststellt, zu nehmen.

Das Kabinett der Barone ist jedoch bereits drauf und dran, auch die Grundrechte nach Teil II der Reichsverfassung einzuzugrenzen und aus der Welt zu schaffen, und zwar auf kaltem Wege.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder, die am 20. September in Berlin versammelt waren, hatte einen Unterausschuß über weitere Ersparnismaßnahmen eingesetzt. Das Ergebnis der Beratungen dieses Unterausschusses ist eine Reihe von Entschlüssen, auf die das Reich nunmehr die Länder verpflichten will. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, handelt es sich dabei vor allem um einschränkende Maßnahmen auf dem Gebiet des gesamten Schulwesens. Als praktische Maßnahmen kommen dabei in Betracht:

die Wiedereinführung privater Vorschulen, die Einschränkung der Lehrmittelfreiheit bei den Volksschulen, die Einschränkung der Volksschüler an höheren Schulen, der Abbau des Berufsschulwesens, die Aufhebung des akademischen Volksschulganges für die Volksschullehrer und die Erhöhung der Klassenlücken und der Pflichtstundenzahl bei den Schulen.

Artikel 143 der Reichsverfassung schreibt vor: „Die Lehrerbildung ist nach den Grundgesetzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln!“

Artikel 145: „Der Unterricht und die Vermittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.“

Artikel 146: „Für den Zugang Minderbemittelter für die mittleren und höheren Schulen

sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.“

Artikel 147: „Private Vorschulen sind aufzuheben.“

Ueber diese Grundrechte will das Kabinett der Barone ohne weiteres hinweggehen! Das ist eine Illustration dafür, wie die Münchener Rede des Chefs des Kabinetts der Barone aufzufassen ist. Die Grundrechte, die angeblich aufrecht erhalten werden können, sollen auf kaltem Wege beseitigt werden. Was würde erst mit den politischen Rechten des Volkes geschehen, wenn sich nicht eine Welle der Empörung gegen den Raub der Volksrechte durchsetzt!

Unjere Abgeordneten

Außer den von uns bereits genannten Genossen sind ferner gewählt worden: Lore Agnes, Brill, Schnepfenhorst, Gellert, Tarnow und Völter. Genosse Fink in Westfalen-Nord ist nicht mehr gewählt worden. Es fehlen am vierten Mandat in diesem Kreise 6500 Stimmen.

Die Frauen im Reichstag

Bürgerliche Frauenfeindschaft

Die Frauen sind im neuen Reichstag ungefähr ebenso stark vertreten wie im letzten. Die sozialdemokratische Fraktion zählt seit bisher 14 jetzt 13 weibliche Mitglieder, nämlich Klara Bohn-Schuch, Marie Tuscharz, Marie Kunert, Marie Anforge, Anna Kemig, Mathilde Barm, Luise Schröder, Anna Zammerl, Berta

Schulz, Toni Büll, Tony Sender, Margarete Starckmann und Lore Agnes.

Die kommunistische Fraktion zählt 13 Frauen. Beim Zentrum sind von bisher 6 Frauen 5 wiedergewählt worden. Bei den deutschnationalen werden wahrscheinlich wieder 3 Frauen sein; Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei stellen je eine. Alle übrigen Parteien haben keine Frauen in ihren Reihen. Die Zahl der Frauen im neuen Reichstag dürfte 36 betragen, während im alten Reichstag 37 Frauen gewählt waren.

Verkehrsstreit zu Ende!

Ergebnisloser Abbruch durch die sogenannte „Streikleitung“

Die Nachrichtenbüros melden: Die zentrale Streikleitung hat in später Abendstunde im Hinblick auf die Tatsache, daß am gestrigen Montag der Berliner Verkehr in sehr großem Umfang wieder in Gang gebracht werden konnte, den Verkehrsstreit mit sofortiger Wirkung abzubrechen.

Die „zentrale Streikleitung“ hat also nicht nur nicht mehr erreicht, als die Gewerkschaften erreicht hatten, sie hat überhaupt nichts anderes erreicht, als eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen. Jeder gewerkschaftlich Geschulte mühte dieses traurige Ende voraussehen. Und wahrscheinlich hat die „zentrale Streikleitung“ das aus vorausgesehen. Ihr kam es ja nicht auf den sachlichen Erfolg an, sondern nur auf eine massive Hege gegen die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und den „Vorwärts“ — vor der Wahl! Jetzt, da die Wahl vorüber ist, und leider viele Tausende von Wählern auf den Schwindel hereingefallen sind, besteht bei der famosen Streikleitung kein weiteres Interesse am Streit. Also sofortiger Abbruch.

Wieder einmal ist mit den Interessen einer bedrängten Arbeiterschicht in struppeliger Weise Schindluder getrieben worden. In welcher Weise das geschah, zeigt mit durchschlagenden Argumenten eine ausführliche Sachdarstellung des Gesamtverbandes, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Stimmen als „stille Wähler“ auf ihr Konto geschrieben hätten!

Nein, diese Mägchen helfen nicht weiter. Die Reichsregierung muß Farbe bekennen. Sie muß sich klar und eindeutig entscheiden, ob sie dem Artikel 1 der Reichsverfassung, nach dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, Rechnung tragen oder ob sie den verfassungswidrigen Versuch wagen will, trotz des vernichtenden Mißtrauenspotentials dieser Wahl sich weiter an der Macht zu halten.

Sinn und Inhalt der Verfassung lassen gar keinen Zweifel darüber, was die Regierung zu tun hat. Sie hat zweimal das Volk zur Entscheidung über ihre Politik aufgerufen, zweimal hat das Volk mit gigantischer Mehrheit die Politik der Regierung Papen verurteilt. Wenn die Presse der Regierung darauf herumreiten will, daß das erste Mal sich 93 Proz. der Wähler, das zweite Mal „nur“ 90 Proz. der Wähler gegen Papen ausgesprochen haben, so unterstreicht sie damit unwillkürlich die Einzigkeit des Anhangs, der hinter der Regierung steht.

Es bleibt dabei: diese Regierung hat im Volke weder Anhang, noch Boden. Sie hat kein Recht, zu bleiben, sie hat auch nicht die Autorität, bleiben zu können, weder im Inland, noch im Ausland.

Ihr Bleiben im Amt zerstört den Sinn der von ihr beschworenen Verfassung, es zerstört auch die Autorität des Reichspräsidenten, der gegen den klaren Willen des Volkes nicht regieren darf und auf die Dauer auch nicht regieren kann.

Zurück zur Verfassung! Zurück zum Recht! Fort mit Papen! Fort mit den Baronen!

Blick in die Zukunft

Kommunistische Prophezeiungen über die Sozialdemokratie

Alle Welt ist sich darüber einig, daß die KPD ihre 11 neuen Reichstagsmandate ausschließlich der genialen Staatsführung des Herrn von Papen und nicht etwa der Geschicklichkeit ihrer eigenen Führer verdankt. In dieser Auffassung kann man nur bestärkt werden durch einen Aufsatz, den die kommunistische Pressestelle den Zeitungsredaktionen übermittelt. Es findet sich darin auch nicht eine Spur der so naheliegenden Erkenntnis, daß ein neuer Zeitabschnitt begonnen hat, der neue Maßnahmen erfordert. Vielmehr werden die alten Gebetsmühlen unentwegt weitergedreht, wobei es natürlich ohne die üblichen Vermuthungen der Sozialdemokratie nicht abgeht. Ja, dem Verfasser gelingt es sogar, einen Blick in die Zukunft zu tun und folgendes Orakel über die Sozialdemokratie von sich zu geben:

Die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie wird auch in Zukunft auf Grund der Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien, wie sie das Wahlergebnis widerspiegelt, nicht nur bestehen bleiben, sondern sogar verstärkt. Die schwere Niederlage der Hitler-Partei, die über 2 Millionen Stimmen aus allen Schichten der Bevölkerung verliert, nachdem es ihr schon vorher nur ganz vorübergehend gelungen war, in einzelne Teil der Arbeiterschaft einzudringen, vergrößert die Bedeutung der SPD für die faschistische Politik des Finanzkapitals auf Grund ihres Arbeiteranhangs.

Prophezeiung gegen Prophezeiung. Wenn die KPD nichts Besseres zu sagen weiß als solchen hanebüchenden Unsinn, wenn sie nicht sagen kann, wie sie die Rechte der Arbeiterklasse gegen die vordringende politische und soziale Reaktion verteidigen will, dann werden sich die Massen sehr rasch wieder von ihr abwenden. Denn schließlich wollen die Massen Leistungen sehen. Von den ewigen sinnlosen Schimpereien auf die Sozialdemokratie wird kein Arbeiter satt!

Gemeinde-Not

Verzweifelte Finanzlage in Duisburg-Hamborn

Duisburg-Hamborn, 7. November.

In Duisburg-Hamborn wird der Bedarf des Wohlfahrtsamtes im Monat November mehr als doppelt so groß sein wie das gesamte Steueraufkommen. Es ist also schon von vornherein ein monatlicher Fehlbetrag von 1 Million Mark vorhanden, bevor mit der Auszahlung der Löhne und Gehälter und der Begleichung auch nur der dringendsten Rechnungen begonnen werden kann. Die Wohlfahrtslasten, die diese Finanzlage verursachen, sind nur noch durch laufende Reichs- und Landeszuschüsse zu tragen. Die städtische Kassenlage wird von Woche zu Woche kritischer. Die Zahlung des am 10. November fälligen zweiten Drittels der Gehälter muß wegen Mangel an Mitteln hinausgeschoben werden. Eine Ausnahme wird nur bei den Gehältern bis zu 150 Mark gemacht werden.

Abtreten! Abtreten!

Forderung von allen Seiten an die „autoritäre Staatsführung“

Wenn man von den wenigen Ganzgetreuen absteht, die im Gefolge des Herrenreiters Papen dahertraben dürfen, dann hat der Ausgang der Sonntagswahlen in allen Kreisen den Eindruck bestätigt, daß die „autoritäre Staatsführung“ mit ihrem zweiten Appell an die Wähler die ektatanteste Niederlage erlebt hat, die seit langem verzeichnet werden konnte.

Sogar die „Deutsche Allg. Ztg.“, die bisher — im Sinne ihrer industriellen Hintermänner — besonders papenfreundlich sich gebärdete, muß angesichts der Ziffern bekennen, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Zwar wagt sie es nicht, den Rücktritt der Barone zu fordern — das verbieten ihr schon die „guten Beziehungen“ zur Wilhelmstraße —, aber dafür macht sie heftige Vorwürfe, daß die Regierung nicht den Staatsgerichtshof gezwungen habe, sein Urteil gegen das Reichskommissariat in Preußen bis nach den Wahlen hinauszuschieben. Ebenso darüber, daß die Reichsregierung nicht rechtzeitig dafür sorgte, daß der Schiedspruch auf Lohnabbau bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft nicht bis nach den Wahlen verschoben wurde! „Mangelnde Voraussicht“ (im Sinne der Schwerkapitalisten) ist ein sehr heftiger Vorwurf von dieser Seite. Noch schlimmer aber die „Kontingentspolitik“ der Regierung:

„Die unglückliche Hand in der Behandlung der problematischen Kontingentspolitik hat sich gleichfalls gerächt. Betrachtete man diese Frage hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Wahlkampfes, dann müßte doch die fürchterliche Beunruhigung des Auslandes verhindert werden können, die zu schwersten Rückschlägen für die deutsche Exportindustrie geführt hat. Hielt man aber die Einführung der Kontingente für sachlich gerechtfertigt, — warum hat man sie dann nicht durchgeführt?“

Ja, warum wohl nicht? Weil das Ausland einen viel sichereren Blick für die innere

Schwäche dieser „autoritären“ Staatsführung hat als ihre Lobredner im Inlande! Schließlich weiß das Organ der Reichsbahn und der Industrie keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma, als daß der Reichspräsident die Arme weit aufmache, um alle Rechtsparteien mit dem Zentrum in der „großen Konzentration“ zu vereinigen. Denn die „autoritäre Regierung“ bedürfe einer „breiten Basis im Volke“. Sie müsse dadurch den Eindruck beseitigen, daß sie neun Zehntel des Volkes gegen und nur ein Zehntel für sich habe!

Unter den zahlreichen Stimmen der Presse beansprucht in diesem Augenblick die Meinung des Zentrums besondere Aufmerksamkeit. Das Berliner Zentrumsblatt „Germania“ hebt als wichtigsten Erfolg der „Autoritären“ hervor, daß sie, die auszogen, um den „Bolschewismus“ in Deutschland zu vernichten, die Kommunisten mit hundert Mann wiedertreiben sieht! Schließlich zieht das Zentrumsorgan das „politische Fazit“:

„Wir stehen heute, am Ende einer fünfmonatigen Betätigung der neuen Staatsführung, an einer Wegscheide, an der es sich vielleicht zum letzten Male entscheiden wird, ob wir zu einer vernünftigen politischen Führung, zur Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen Führung und Volk und zur glücklichen Entwirrung einer verhängnisvollen und nicht mehr tragbaren politischen Situation gelangen. Das Volk hat, zum zweiten Male in dieser Zeit, der heutigen Staatsführung eine vernichtende Abfrage erteilt. Sie selbst wird nicht umhin können, aus dieser Tatsache die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und nun endlich den Weg frei zu geben zur Schaffung einer Regierung, die mit starker Hand führt und zu dem Vertrauen des Reichspräsidenten auch das Vertrauen des Volkes und seine ausreichende Gefolgschaft findet.“

Daß die Trabanten des Herrn Hugenberg in Siegesmorne schwimmen, weil die Möglichkeit einer nur aus Nazis und Zentrum gebildeten Koalition durch die neue Mandatsverteilung be-

seitigt ist, sei nur am Rande verzeichnet. Im Negativen zeigen sie eine besondere Stärke und überleben dabei die positive Abfrage, die die Wählerschaft mehr noch als Hitler gerade den Hugenbergern erteilt hat.

Braune Landsknechte

Goebbels bestätigt das Urteil des „Vorwärts“

Der „Angriff“ zitiert das Urteil des „Vorwärts“ vom Montagmorgen über die NSDAP:

Sie ist im wesentlichen eine Armee von politischen Landsknechten, die die Aussicht auf Beute gelockt hat. Schwindet diese Aussicht, so schwinden die Landsknechte mit ihr.

Der „Angriff“ meint, dies sei ein Irrtum, denn „das bisherige Treibholz sei bereits abgeschwommen“. Und im Leitartikel nimmt Goebbels von dem abgeschwommenen Treibholz mit folgenden Worten ungerührt Abschied:

Sie kamen oft, weil sie irrtümlicherweise glaubten,

daß es bei uns etwas zu erben gäbe, und in dem Augenblick, in dem sie erkennen mußten, daß die nationalsozialistische Bewegung mehr vorhatte, als einen leichten Sieg zu erkämpfen und dann an

die Verteilung der Posten zu gehen,

schwankten sie wieder in ein anderes Lager über, von dem sie annahmen, daß es bequemer die schon halb eroberte Macht würde behaupten können.

Damit bestätigt Goebbels die Auffassung des „Vorwärts“. Er meint nur, die Landsknechte wären schon davongelaufen. Er wird sich wundern, was für ein Gerenne jetzt beginnen wird, da sich der Stern Hitlers merklich zu neigen beginnt.

Heute wählt USA.

Roosevelt im Vordergrund

Washington, 7. November.

Der Wahlkampf hat bisher Tote oder Vermundete nicht gefordert. Man nimmt an, daß am Dienstag etwa 41 Millionen Wähler abstimmen werden. Die Aussichten für Roosevelt haben sich weiter gebessert, da die meisten progressiven Republikaner und zahlreiche, bisher zögernde Industrielle und Bankiers sich für ihn erklärt haben. In Wallstreet stehen die Wetten 7:1 für Roosevelt.

Präsident Hoover richtete am Montagabend auf seiner Fahrt in seine Heimatstadt Palo Alto aus dem Salonwagen von einer einsamen Eisenbahnstation in den Rocky Mountains einen letzten Radioappell an die Wähler. Der ehemalige Präsident Coolidge, Roosevelt, Smith und Garner sprachen gleichfalls im Rundfunk

über Prohibition, Schulzölle und Wiederaufbau der Wirtschaft.

Man erwartet im allgemeinen einen starken Stimmenzuwachs für den sozialistischen Kandidaten Norman Thomas. Weiße Studenten unternahmen zum ersten Male im New-Yorker Negerviertel Harlem einen großen Propagandaumzug zugunsten des sozialistischen schwarzen Repräsentantenhauskandidaten Croshawayte.

Die Hearst-Presse wird in New York das Wahlergebnis mit verschiedenfarbigen Scheinwerfern am Nachthimmel anzeigen.

Am Dienstag werden in den Vereinigten Staaten gewählt: der Präsident, der Vizepräsident (d. h. die Wahlmänner für sie), die Senatoren in 33 und die Abgeordneten in 47 Staaten, ferner die Gouverneure in 34 und verschiedene Beamte in 39 Staaten. Außerdem ist in 11 Bundesstaaten Prohibitionsabstimmung.

Papen und die Vorsehung

Praktische Bekämpfung des gottesleugnerischen Bolschewismus

Wiso sprach Reichstagsler v. Papen am Freitag vor der Wahl im nationalkonzentrierten Rundfunk:

In der Tat, der gottesleugnerische Bolschewismus, der uns um Religion, Familie und Eigenrecht der Persönlichkeit betrogen will, um uns in die Zwangsjacke kollektivistischer Methoden zu stecken, er ist der Tod unserer Jahrtausende alten Kultur. Kein Mittel kann scharf genug sein, die Lehre seiner falschen Propheten in Deutschland

mit Stumpf und Stiel auszurotten.

und wir werden auf dem Vorposten europäischer Kultur, auf den uns die Vorsehung gestellt hat, unsere Pflicht als staatsbehaltende Regierung restlos erfüllen.

Die Vorsehung gab Herrn v. Papen überraschend schnell erwünschte Gelegenheit, mit der Bewirklichung seines Vorsatzes zu beginnen. Darüber meldet am Montag WLB:

Zur Feier des 15. Jahrestages der Begründung der Sowjetunion hatten der Sowjetbotschafter und Frau Chintshuk heute nachmittag zu einem Tee-Empfang geladen. Der Einladung hatten Folge geleistet u. a.: Reichstagsler v. Papen, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath und Gaizim, Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold, Staatssekretär Meißner, Staatssekretär v. Bülow, der Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein, der Chef des Ministeramtes im Wehrministerium, Oberst

v. Bredow, die Ministerialdirektoren Köpfe, Meyer und Marks, sowie eine Reihe anderer höherer Beamter der verschiedenen Reichsministerien.

Was die wohlbesetzte Tafel auswies, wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Der dem Bolschewismus dadurch entstandene Schaden ist enorm.

Welch ein Sieger!

Größenwahn bei Hugenberg

Für die Hugenberg-Presse haben die Deutschnationalen einen noch nicht dagewesenen Wahlsieg errungen. Darne, hinten und in der Mitte preisen „Tag“ und „Lokal-Anzeiger“ ihren Meister Hugenberg als den siegreichen Strategen dieser Wahl.

Was ist geschehen? Die Deutschnationalen haben 11 (elf) Mandate gewonnen. Ihre Erwartung, vor der Wahl an allen Stammtischen verkündet, ging dahin, den Nazis drei bis vier Duzend Mandate abzuknöpfen. Nun hat Hitler allerdings 35 Mandate verloren, aber nur 11 davon hat Hugenberg für seine Partei gewinnen können. Selbst wenn er sich noch, was seine Presse mit viel Lammtamt, das Mandat des Weingärtnerbundes zurechnet, wird immer erst ein einziges Duzend voll.

Bei diesem Gewinn ist zu bedenken, daß ihm ein viel größerer Verlust unmittelbar voranging. Auch mit 51 Mandaten hat Hugenberg gerade erst zwei Drittel seiner Sitze vom 20. Mai 1928 (75) und noch nicht die Hälfte seiner Sitze vom 7. Dezember 1924 (103). Seine Partei ist von den fünf in Frage kommenden Parteien des Reichstags auch nach ihrem lawinenartigen

„Wachstum“ immer noch die bei weitem kleinste: vom Zentrum trennt sie ein gewaltiger Abstand, Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten sind je um ein Mehrfaches so groß als die Hugenberg-Partei. Hugenbergs Siegesaufgeblasenheit hat bedenkliche Ähnlichkeit mit dem Frosch der Fabel, der sich neben dem Ochsen aufbläht und nun meint, ihn an Größe erreicht zu haben.

Reichs-Lügen-Leiter

Goebbels auf höchster Sprosse

Der „Vorwärts“ hat bereits auf die „falschen Propheten“ verwiesen, die im „Stabe“ Hitlers vorhanden sind und für den 6. November den größten Sieg der NSDAP. voraus sagten. Sie haben offensichtlich sich selbst beschwichtigt und ihren Ober-Ochsen nicht minder. Wenn da z. B. während der Regierungszeit auf Flugpost reiste, in seinem „Völkischen Beobachter“ triumphierend gemeldet werden konnte, Hitler habe vor 10 000 arbeitslosen Metallarbeitern in Anklam gesprochen, so möchte das in München noch einigen Glauben finden. In Norddeutschland aber mußte man, daß die kleine pommerische Stadt Anklam mit Greifen und Säuglingen zusammen kaum 15 000 Einwohner und nur einige hundert Metallarbeiter zählt, die arbeitslosen mit eingerechnet!

Auf der Reichs-Lügen-Liste der Nazis aber erklettert der „Angriff“, das Leiborgan des Reichspropagandachefs Goebbels, sicher die höchste Sprosse, wenn es aus dem Wahlergebnis vom 6. November einen — „nationalsozialistischen Vormarsch“ zusammenbraut. Er macht das so, daß er die früheren Landtagswahlen in einzelnen Ländern im Gegensatz zu den Zahlen vom Sonntag setzt:

In Braunschweig sind die Nationalsozialisten von 67 000 auf 136 000 Stimmen angewachsen.

In Wahrheit haben die Nazis in Klaggestan seit dem 31. Juli 20 000 Stimmen verloren; sie sanken von 156 000 auf 136 000! Daraus macht Goebbels einen — Vormarsch! Auch in Thüringen, wo sie seit der letzten Landtagswahl allein die Regierung bilden, haben sie seit dem 31. Juli rund 82 000 (von 424 000 Stimmen) eingebüßt. Aber den im Glauben starken, im Denken schwachen Braunen wird das als ein „überwältigender Sieg“ vorgegaukelt.

Um dem Unsinn die Krone aufzusetzen, verlangt Goebbels, daß „diese dem Volkswillen nicht mehr im geringsten entsprechenden Parlamente unverzüglich aufgelöst“ werden sollen. Wir sind durchaus einverstanden — Mecklenburg, Thüringen, Braunschweig, Oldenburg wären als bald die Nazi-Herrschaft los!

Als Nachfolger des verstorbenen Innenministers der badischen Regierung Meier wird die Sozialdemokratie den Bürgermeister Dr. Kraus-Rainz vorgeschlagen.

Bombenwurf auf Parteibefehl

Geständnis eines SS.-Führers im Altonaer Prozeß

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Hamburg, 7. November.

Am Montag begann vor dem Sondergericht in Altona ein Prozeß gegen 40 schleswig-holsteinische SS.- und SA.-Leute, die in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August in zahlreichen Orten Schleswig-Holsteins auf Befehl der SS.- und SA.-Führung Handgranatenattentate auf die Wohnungen politischer Gegner, auf Konsumvereinsläden, auf kommunistische Verkehrslokale und Vereinsbüros verübten. Das Gerichtsgebäude war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert. Der Andrang der Bevölkerung zu der Verhandlung war außerordentlich groß. Von den 40 Angeklagten — 22 wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt — sind sieben nicht erschienen. Ihr Aufenthaltsort ist zum Teil unbekannt.

Vor Eintritt in die Verhandlung erörterte das Gericht die Frage der Immunität des Reichstagsabgeordneten und SS.-Standartenführers Paul Moder, der von der Anklage als der Organisator sämtlicher Attentate, die auf Grund einer SA.-Führerbesprechung durchgeführt wurden, belastet wird. Da die Straftat aber begangen wurde, bevor Moder dem Reichstag und dem Ständigen Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung angehörte, beschloß das Gericht, gegen ihn zu verhandeln. Dann wurden zunächst die Handgranatenanschläge in Elmshorn, Leckert, Barmstedt und Pinneberg, die von dem SA.-Trupp 2 11/4 unter der Führung des Sturmführers Grejesch aus Elmshorn ausgeführt wurden, besprochen. Der Angeklagte gibt zu, an den beiden Führerbesprechungen, die wenige Tage vor der Ausübung der Taten in Rendsburg und Neumünster unter dem Vorherrschaft des Reichstagsabgeordneten Moder stattfanden und in denen die Handgranatenanschläge beschlossen wurden, teilgenommen zu haben.

Über die weiteren Teilnehmer an diesen Sitzungen und über den Inhalt der Besprechungen verweigert er die Aussage.

Auch alle übrigen Angeklagten, die die Ausübung der Taten zur Last gelegt wird, geben nur zu, auf höheren Befehl gehandelt zu haben, verweigern aber die Aussage über den Inhalt der Befehlsangaben und über die Art der Vorbereitung der von ihnen durchgeführten Handgranatenanschläge. Alle früher vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben werden von ihnen widerrufen. Sie wollen sich an nichts mehr erinnern. Während der Vernehmung legen die Angeklagten ein äußerst provozierendes Verhalten an den Tag. Sie geben mit ironisch lächelndem Gesicht Antwort auf die Fragen des Vorsitzenden, die von lautem Gelächter auf den Anklagebänken begleitet werden.

In einer zweiten eingehenden Vernehmung gibt der Angeklagte zu, daß er von seiner vorgehenden Führung, die er zunächst nicht näher bezeichnen wollte, die klaren und unmissverständlichen Befehle erhalten habe, in der Nacht nach dem Wahltag in dem Bezirk seines SS.-Sturmes eine Anzahl Handgranatenanschläge zu verüben, wobei das Ausschauen des Objekts ihm übertragen worden sei.

Er habe seine Scharführer am Nachmittag des 31. Juli in einem Zimmer der nationalsozialistischen Gastwirtschaft Wein zusammengerufen und die ihm erteilten Befehle weitergeleitet. In einer Ansprache habe er den SS.-Leuten bedeutet, daß es nun kein Zurück mehr gebe, daß jeder seine Befehle auf das gewissenhafteste ausführen müsse, wie auch über die Tat selbst peinlichstes Stillschweigen gewahrt werden müsse. Wer diesen Befehlen entgegenhandle, würde als Verräter behandelt, und was das bedeuten würde, mühten sie aus der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur SS.- und SA.-Organisation kennen. Weiter habe er angeordnet, daß alle mit einem Auftrag beauftragten SS.- und SA.-Leute sich mit Zivilkleidung versehen mühten. Darauf habe er vier Handgranaten verteilt. Eine fünfte habe er für sich behalten, um den Anschlag in Barmstedt selbst ausführen zu können. Vier Anschläge seien dann ausgeführt worden, während im fünften Falle wegen eines unvorher-

gesehenen Ereignisses von der Ausführung Abstand genommen werden mußte.

Als der Angeklagte auf Veranlassung des nationalsozialistischen Verteidigers darüber befragt wird, ob man in den Kreisen der SA. und SS. mit einer Machtübernahme Adolf Hitlers am Tage nach der Wahl gerechnet habe, führt er aus, daß nicht nur er, sondern auch alle seine Kameraden von der unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme der NSDAP. überzeugt gewesen seien.

Die Attentate habe man nur deswegen zur Ausführung gebracht, um die politischen Gegner, das Reichsbanner und die Kommunisten, zu Gegenmaßnahmen zu reizen, um so den Grund zum endgültigen Vorgehen zu haben. Auf eine weitere von der Verteidigung beantragte Frage gibt Grejesch ungewollt an, daß die ihm erteilten Befehle von dem Reichstagsabgeordneten Moder kommen, denn er antwortete auf die Frage, daß er unter allen Umständen die Befehle des Standartenführers Moder ausführen mühte, andernfalls er sich der Gefahr, als Verräter behandelt zu werden, aussetzen würde. — Weiterverhandlung am Dienstag.

Schüsse aus dem Auto

Der Wagen des Nazi-Abgeordneten

Wuppertal, 7. November.

Sonntag früh gegen 5 Uhr wurde in der Mittelstraße in Barmen ein junges Mädchen durch einen Schuß aus einem vorbeifahrenden Auto am linken Fuß verletzt. Eine Polizeistreife nahm in einem Kraftwagen die Verfolgung des Personenzugens auf und stellte fest, daß es sich um das Auto des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Veller handelte, aus dem mehrere Schüsse abgegeben worden waren. Aus demselben Auto wurde auf dem Alten Markt in Barmen eine zum Dienst gehende uniformierte Gruppe von Postbeamten beschossen. Verletzt wurde niemand. Unmittelbar darauf wurden aus demselben Wagen Schüsse auf das Café Victoria am Alten Markt in Barmen abgegeben, wobei eine große Scheibe zerplitterte. Eine Polizeistreife, die sich dem Auto in den Weg stellte, wäre überfahren worden, wenn die Beamten nicht im letzten Augenblick zurückgegriffen hätten. Sie gaben auf das Auto Schüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Wagen entkam in Richtung Elberfeld und ist seitdem verschwunden. Als einer der Insassen des Autos wurde nach Angabe der Polizei der Reichstagsabgeordnete Veller erkannt.

Die Flucht des Fememörders

Braunschweig, 7. November.

Schwere Anklagen gegen die dem Naziminister Klages unterstehende Polizei erhebt der „Volkstempel“ in einer Schilderung der Flucht des Fememörders Kaune. Dieser Darstellung zufolge wurde der stechverletzte gefugte Fememörder, der den SS.-Mann Kampe aus Salzwedel unter bestialischen Umständen ermordet hat, noch vierzehn Tage nach der

Benesch und die Friedenspolitik

Die Besorgnisse einiger Staaten über die deutsche Entwicklung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Prag, 7. November.

Außenminister Benesch hielt am Montag im Auswärtigen Ausschuss des Parlaments eine Rede, die er den Titel gab „Wird sich Europa für Frieden oder Krieg entscheiden“. Benesch sagte u. a.:

„Deutschland führt einen großen inneren Kampf um seine ernstesten Lebensfragen, und wir würden wünschen, daß seine Entwicklung zu normalen Verhältnissen beschleunigt wird. Der vom Hitlerismus bedrohte deutsche Parlamentarismus wurde durch eine Reihe von Neuwahlen und durch das Papen-Schleicher-System erschüttert. Das neue autoritative und auf militärische Faktoren sich stützende Regime in Deutschland hat in einigen Staaten Besorgnisse wachgerufen, es könnten aus den Ereignissen neue internationale Komplikationen entstehen. Der Frieden und die politische Entwicklung in Europa hängen von der Entwicklung in Deutschland ab.“

Nach der Lausanner Konferenz trat eine Besserung der europäischen Wirtschaftslage ein. Die Schwierigkeiten der Genfer Abrüstungskonferenz haben aber die aufsteigende Tendenz zum Stillstand gebracht. Die Forderungen der deutschen Delegierten nach Rüstungsgleichheit wurden am 29. August in einer Form präzisiert, die allgemein als ein Verlangen nach Wiederaufrüstung angesehen wurden. Deutschland hat die Erlaubnis verlangt, sich neue Waffen beschaffen zu können, wie z. B. Tanks, schwere Geschütze, U-Boote, Schlachtschiffe über 10 000 Tonnen, sowie eine bestimmte Anzahl von Militärkolonnen rekrutieren zu dürfen. Ich selbst glaube, daß dadurch Europa in eine Periode neuer schwerer po-

litischer Krisen geraten würde, der zuerst zu einem Weltkrieg und zum Schluß vielleicht zu einem neuen unaufhaltbaren kriegerischen Konflikt führen würden, und halte daher die Situation für ernst.

Rüstungsgleichheit durch Aufrüstung der abgerüsteten Staaten erzielen zu wollen, heißt einen Krieg vorbereiten. Die Gleichheit kann nur dadurch erzielt werden, wenn gemäß § 8 des Völkerbündepaktes alle anderen Staaten ihre Rüstungen herabsenken.

Es muß loyal gesagt werden, daß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen könnte, wenn dieser Paragraph nicht erfüllt würde. Ein Uebereinkommen zwischen Deutschland, Frankreich und Italien, unter Mitwirkung aller anderen europäischen Staaten, keinen Krieg zu gestatten und durch gemeinsames Einschreiten jeden zu bestrafen, der den Frieden stören sollte, würde den Frieden garantieren.

Frankreich ist zu einem solchen Uebereinkommen bereit. Von Deutschland und Italien ist vorläufig nicht bekannt, was sie unternehmen würden, wenn in Genf eine solche Frage gestellt würde. Es muß ein europäischer Kontinentalvertrag den Kellogg-Pakt so lebensfähig machen, wie es der Locarnopakt ist. Auch dann könnte noch über strittige Fragen in Ruhe diskutiert werden. Die tschechoslowakische Regierung begrüßt daher den Herriot-Boncour-Plan und würde auch jeden anderen Plan akzeptieren, der die Ruhe in Europa sichern würde.

Benesch schloß: das Jahr 1933 werde entscheiden, ob Europa neuen Kriegskonflikten oder einem dauernden Frieden entgegengehe.

Der Zauderer



Als Flut war, da war ihm vor dem Absprung bange. Er wollte warten, bis das Wasser noch höher stiege.

„Nee, Männeken, jetzt bei Ebbe können Sie nicht springen. Sie sehn doch, das Wasser hat sich verlaufen.“

Der Henker amtiert

Todesurteil wird in Bayern vollstreckt

München, 7. November.

Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, von seinem Begnadigungsrecht in Sachen der durch das Schwurgericht in Weiden gegen den ledigen Dienstknecht Feilig Schieder aus Wendersreuth wegen dreier Verbrechen des Mordes ausgesprochenen Todesstrafe keinen Gebrauch zu machen. Schieder hatte im Juli 1931 seinen Bruder, dessen Ehefrau und dessen ein- einhalbjähriges Kind, während sie schliefen, ermordet. Ein 17-jähriger Ritter des Verbrechens war vom Jugendgericht wegen derselben Mordtaten zur höchstzulässigen Gefängnisstrafe von 10 Jahren verurteilt worden.

Unklarheiten / Widersprüche

Die Zeugenvernehmung im Bullerjahn-Prozeß

Im Bullerjahn-Prozeß wurde weiter das Zusammentreffen Bullerjahns mit der Familie Langner in der Nähe der Wohnung des französischen Leutnants Jost erörtert. Es wird dabei sehr eingehend die Stellung Bullerjahns auf der Straße besprochen, wobei auch eine Skizze eine Rolle spielt, die die Position Bullerjahns bei dem Zusammentreffen darstellt. Der Zeuge Georg Langner wurde dabei vom Verteidiger Dr. Rosenfeld in ein Kreuzverhör genommen, dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger, dem Oberreichsanwalt und dem Gerichtsvorsitzenden.

Es wurde weiter der Ermittlungsbeamte Spalle vernommen, der Bullerjahn in der Nähe der Wohnung von Leutnant Jost beobachtet hat. Es ergaben sich dabei Widersprüche zu früheren Befragungen des Zeugen, die nicht geklärt werden konnten.

Der nächste Zeuge war der frühere Leiter des Wertfischerdienstes in den Berlin-Karlsruher Industriewerken, Kapitän Papenstecher. Er sagt aus, daß aus dem Verhalten der Mitglieder der Entente-Kommission beim Eintreten Bullerjahns ins Lager keine Schlüsse gezogen werden konnten, da sie Bullerjahn nicht gesehen hätten. Wenn Bullerjahn Drohungen gegen die Direktionsmitglieder ausgesprochen habe, so könne es sich unmöglich um den Berrat gehandelt haben, wohl aber um andere Unregelmäßigkeiten im Wert.

Am Dienstag findet ein Lokaltermin bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau statt. Dabei ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Naziffandal in Eutin

Eutin, 7. November.

Der seines Amtes enthobene Bürgermeister Dr. Stöffregen hat gegen den Regierungspräsidenten Boehmer bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck Strafanzeige wegen Vergehens gegen § 339 StGB. (Amtsmißbrauch) erstattet. Weiter wird gemeldet, daß gegen den nationalsozialistischen Stellvertreter des Ratschherrn Kahl bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck ein Strafverfahren wegen Begünstigung und Gefangenbefreiung anhängig gemacht worden sei.

12 Jahre Zuchthaus für Kommunisten

Das Sondergericht hat in dem Prozeß über die Iphoer Unruhen vom 31. Juli dieses Jahres, bei denen der SA.-Mann Peter Kölln erschossen wurde, das Urteil gesprochen. Der kommunistische Angeklagte Hildebrand erhält 12 Jahre 2 Monate Zuchthaus, der kommunistische Angeklagte Krieger 10 Jahre 2 Monate Zuchthaus. Wegen Beihilfe erkannte das Gericht gegen vier kommunistische Angeklagte auf Zuchthausstrafen von 2 bis 5 Jahren und in zwei Fällen auf je ein Jahr 3 Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden wegen Hausfriedensbruchs zu einem Monat bzw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Alle übrigen Angeklagten sind freigesprochen worden.

23 Opfer des Meeres

An norwegischer und portugiesischer Küste

Oslo, 7. November.

Nach einer Meldung der Osloer Zeitung „Morgenposten“ ertranken 13 Mann von der Besatzung des an der Küste von Finnmark gekenterten englischen Fischdampfers „Golden Deeps“. Der Kapitän und die drei Passagiere wurden gerettet.

Lissabon, 7. November.

Ein Fischerboot wurde am Kap Mondego von einem anderen Boot so heftig gerammt, daß es sofort sank. Von der 25 Mann starken Besatzung sind 10 ertrunken.

Naziantwalt angeklagt

Rechtsanwalt Triebel und Direktor Wüst

Vor der Strafkammer des Landgerichts III haben sich wegen Betruges zu verantworten der Direktor Adolf Wüst und der aus zahlreichen Prozessen gegen Nationalsozialisten bekannte Rechtsanwalt Dr. Walter Triebel.

Direktor Adolf Wüst hatte nach dem Kriege durch erfolgreiche Wirtschaftsspekulationen anderthalb Millionen Mark verdient. Einen großen Teil seines Vermögens steckte er in eine Sprechmaschinen-Gesellschaft hinein. Die Geschäfte gingen nicht, Wüst verlor einen großen Teil seines Geldes. Auch Dr. Walter Triebel, Sohn eines Bergwerks, betätigte sich neben seiner Anwaltspraxis auch kaufmännisch. Er gründete ein Büro für Kontorbedarfartikel. Das Unternehmen brach zusammen, Dr. Triebel übernahm die Schuldenlast in Höhe von 100 000 Mark. Er konnte seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, es wurde gegen ihn 23mal Haftbefehl erlassen zur Erzwingung eines Offenbarungseides. Direktor Wüst wird zur Last gelegt, daß er beim Verkauf eines schlesischen Bergwerks, das früher dem Grafen Rothenburg gehörte, die Tage über den Wert des Grundstückes falsch angegeben habe. Ferner, daß er durch betrügerische Geschäfte mit Dessardinen einen Hamburger, Carlo Walter, geschädigt habe. Rechtsanwalt Dr. Triebel soll dem Direktor Wüst bei dem betrügerischen Geschäft mit Dessardinen Beihilfe geleistet haben, indem er über ihn falsche Auskünfte gegeben und ihn als mehrfachen Millionär hingestellt habe. Zur Verhandlung sind 68 Zeugen geladen, es sind für sie acht Wochen in Aussicht genommen.

Mit blauem Auge davongekommen

Das Schnellrichtungsgericht hatte den Juwelenhändler Simon Weisfager wegen vorsätzlichen Devisenvergehens zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er für seinen Geschäftsfreund, den Juwelenhändler Granaat in Amsterdam, Effekten in Höhe von 684 000 Mark verkauft hatte. In der Berufungsinstantz führten die Verteidiger den Nachweis, daß Granaat, wie eine Reihe von Zeugen bezeugte, immer eine Bescheinigung der Reichsstellen vorgewiesen habe, daß er zur Ausführung von Geld aus Deutschland berechtigt sei, weil er

in großem Umfange deutsche Diamantenschleiferbetriebe beschäftigte. Diese Bescheinigung muß aber gefälscht gewesen sein. Die Strafkammer verurteilte unter Aufhebung des ersten Urteils Weisfager lediglich wegen fahrlässigen Devisenvergehens zu 6000 Mark Geldstrafe.

Vor dem Schnellrichter

U-Bahnbeamter verurteilt

Dem Schnellgericht im Polizeipräsidium, das schon am Vormittag einige Angeklagte wegen der Streikunruhen verurteilt hatte, wurde gestern nachmittags ein uniformierter SSB-Beamter, und zwar der Zugabfertiger Erich L., vorgeführt.

Die Anklage legte ihm Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Last, weil er in der Nacht zum Freitag am Untergrundbahnhof Wedding gegen einen Polizeibeamten tödlich geworden war. Der Angeklagte war mit mehreren Kollegen tagsüber in Streiklokalen gewesen und hatte am Abend auch noch verschiedenes getrunken. Gegen 2 Uhr nachts beobachteten sie eine Polizeistreife, die am Untergrundbahnhof Wedding ein Streikplakat entfernte. L. soll sich in heftiger Form gegen die Polizeibeamten gewandt haben. Als er nun zur Feststellung seiner Personalien auf die Wache gebracht werden sollte, leistete er Widerstand. Er gab gestern seine Tat zu und entschuldigte sich mit Trunkenheit, die ihm wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit auch vom Schnellrichter als Milderungsgrund angerechnet wurde. Er wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

15 Jahre Zuchthaus

Für einen Notzuchtverbrecher

Das Potsdamer Schwurgericht verurteilte den 22-jährigen Melker Richard Hehrlich aus Höfgen bei Zülpzig wegen Notzuchtverbrechens mit Todeserfolg aus § 177 und 178 und wegen zweier weiterer Notzuchtfälle zu insgesamt 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Der Angeklagte hatte in der Nacht zum 22. Februar d. J. bei Zülpzig die 23-jährige Hausangestellte Erna Waiwald überfallen und an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begangen, das mit dem Tode der Ueberfallenen endete. Die Leiche lag in der Unhold dann unbekleidet auf dem Felde liegen lassen. Zwei ähnliche Verbrechen versuchte der Angeklagte bei Dresden zu verüben. Dort konnten sich die Mädchen aber den Krallen des Unholds noch rechtzeitig entziehen. Der Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als Psychopathen, auf den der § 51 aber nicht anwendbar sei.

Mittler zwischen den Völkern

Kürzlich fand im Humboldt-Haus, Klopstockstraße 55, die Semestereröffnungsfeier des deutsch-ausländischen akademischen Humboldt-Clubs statt. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden ergriff der Rektor der Universität, Geheimrat Kohlrusch, das Wort, um im Namen der Berliner Hochschulen die

ausländischen Studierenden in Berlin zu begrüßen. Der Rektor betonte, daß die Entwicklung der letzten Jahre in mancher Hinsicht den Charakter der deutschen Universitäten verändert hat. Den deutschen Hochschulprofessoren wäre es sehr erwünscht, wenn an den deutschen Hochschulen nur ein Viertel der Studenten studieren würden, die heute die Hochschulen bevölkern. Dann wäre es möglich, die Wissenschaft um der Wissenschaft halber zu treiben im Sinne des Gründers der Berliner Universität, Wilhelm von Humboldt, und ihres ersten Rektors Fichte. Ausstrahlung von Meinungsverschiedenheiten mit anderen als geistigen Waffen seien wohl in den letzten Jahren vorgekommen, seien aber nie so schlimm gewesen, wie die Zeitungen es vermuten ließen. Er, der Rektor, hoffe bestimmt, daß es wieder gelingen werde, innerhalb der Studentenschaft jenem Geist zur Geltung zu

Achtung! Achtung!
Erweitertes Bezirksvorstand!

Sitzung des Erweiterten Bezirksvorstandes am Freitag, dem 11. November, pünktlich 19 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin, Lindenstr. 3, II. Hof, 2 Trp. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.
Der Bezirksvorstand.

Michael Kohlhaas in Paris

Die „Unterschlagung“ des Steuereintnehmers

Einer der sonderbarsten Angeklagten, die die Welt je gesehen hat, stand soeben vor dem Pariser Schwurgericht. Der Steuereintnehmer eines Pariser Bezirks, Jean Lourenq, hatte sich wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder zu verantworten.

Lourenq hatte nämlich eines Tages sich durch notariellen Akt bestätigen lassen, daß er in seiner Kasse für 805 500 Franken bares Geld und für 4 1/2 Millionen Franken Steuermarken aufbewahre. Am nächsten Morgen teilte er seinem Vorgesetzten offiziell mit, daß er diese gesamte Summe unterschlagen hätte. Er begründete seine Handlung mit einer ungerechten Verschönerung, die er als Zurücksetzung empfand, und verlangte gebieterisch, unter Anklage gestellt zu werden, damit er Gelegenheit erhalte, in einer großen Schwurgerichtsverhandlung seine Vorgesetzten anzuklagen. Alle Bemühungen der Behörde, ihn umzustimmen, blieben vergebens. Er erklärte, daß er die Gelder an seiner Stelle aufbewahre und erst nach dem Prozeß wieder aushändigen würde. Der Staatsanwalt, der, als sich Lourenq zum ersten Male freiwillig bei ihm gemeldet hatte, ihn hinausgeworfen hatte, weil er ihn für einen Querulanten hielt, mußte schließlich wohl oder übel Anklage erheben. Lourenq blieb volle 16 Monate in Untersuchungshaft. Er

hatte nach kurzer Zeit durch seine Frau zwei Drittel der Summe wieder an den Fiskus aushändigen lassen, das letzte Drittel aber hielt er weiter zurück, weil er befürchtete, daß ihm sonst kein Prozeß gemacht würde.

So setzte er seinen Willen durch und konnte in stundenlangem Verhandlung vor dem Pariser Schwurgericht unter stürzender Beteiligung von Publikum, Presse und Anwaltschaft, die übereinstimmend bekundeten, einen solchen Angeklagten noch nie gesehen zu haben, seinem Herzen Luft machen. Der Gerichtsvorsitzende und der Staatsanwalt entrüsteten sich und fragten, wozu das führen sollte, wenn jeder Beamte, der sich zurückgesetzt fühle, derartig vorgehe. Aber Lourenq blieb unerbittlich und lehnte bis zuletzt die Rückgabe der Restsumme ab, stellte sie aber für die Stunde nach dem Urteil bestimmt in Aussicht.

Nach einer Beratung von nur zehn Minuten kehrten die Geschworenen mit einem freisprechenden Verdikt zurück. Lourenq dankte ihnen in pathetischen Worten und teilte sogleich lächelnd mit, wo sich der fehlende Rest befinde. Er hatte um den Preis von 16 Monaten Untersuchungshaft seine Rache genossen, indem er seine vorgesetzte Behörde durch Vorbringung von allerhand Einzelheiten über Mißstände, Protektionswirtschaft und Unfähigkeit bloßstellen durfte.

verhelfen, der Meinungsverschiedenheit mit den geistigen Waffen ausfindig, die die Universität liefert.

Im Namen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes begrüßte Staatssekretär Lewald die Ausländer und sprach die Hoffnung aus, daß sie nach Abschluß ihres Studiums als kulturelle Vermittler zwischen den Nationen in ihre Heimat zurückkehren mögen. Im Namen der ausländischen Studenten dankte Waffil Bajeff den Rednern. Mit dem Gesang der ersten Strophe des Deutschland-Liedes fand die offizielle Feier ihren Abschluß.

Noch einmal Prozeß Schneider-Graf. Die Raziemörder Hauschke und Becker, die in der Silvesternacht die Reichsbannerleute Schneider und Graf niedergeschossen haben und von dem Landgericht I zu je sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, stehen am Mittwoch zum zweiten Male vor Gericht. Das Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben, und zwar weil der Vater des ermordeten Schneiders vom Kammergericht als Nebenkläger zugelassen worden war. Da eine Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs nicht stattfinden konnte, hat das Reichsgericht die Zulassung der Nebenklage gerügt und die Sache zur neuen Verhandlung an das Gericht zurückverwiesen. Der Prozeß dürfte eine Woche in Anspruch nehmen.

Gerhart-Hauptmann-Abend. Anlässlich des 70. Geburtstages Gerhart Hauptmanns veranstaltet das Volksbildungsamt Wilmersdorf am 10. November, 20 Uhr, im Festsaal des Stadthauses Wilmersdorf, Kaiserallee 1/12, einen Hauptmann-Abend, bei dem Dr. Veffron, Dr. Christians und Lotte Krndt mitwirken. Karten bei der Auskunft im Stadthaus Wilmersdorf, Hauptportal, von 8 bis 20 Uhr.

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.
Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montage einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“. / Bezugsstelle: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 90 Pf. Poststeuer- und 72 Pf. Postvertriebsgebühren. Zustandsabonnement 5,85 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfrachtpreis 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einpolige Wilmersdorfer 20 Pf., Reklamestelle 1,20 M., Kleinanzeigen 10 Pf., Familienanzeigen Wilmersdorfer 16 Pf., Familienanzeigen im Saatz 10 Pf. / Abonnementpreise: 12 Monate 25 M., 6 Monate 13 M., 3 Monate 7 M. / Anzeigenpreise: 10 Zeilen für 1000 Eindrücke. / Verantwortlich für Inhalt: Rudolf Wendemühl; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Stalver; Redaktion: Herbert Köpcke; Postales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Otto Bengt; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. 68. Eindrücke: 2.

Suppenhühner	Pfd. von	0,65
Gänse	frisch.....Pfd. von	0,75
EntenPfd. von	0,78

Billige Lebensmittel

Preise nur Dienstag und Mittwoch. Lebensmittelzusendungen von 5,00 M. an. Telefonische und schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. 241

Kabliau	groß, ohne Kopf, Pfd.	0,12
Kaninchen	gestreift und ausgeworfen, Pfd. von	0,68
Amerik. Äpfel	3 Pfd.	0,74

Fische und Räucherwaren	
Grüne Heringe	3 Pfd. 0,42
Schollen	3 Pfd. 0,38
Schellfisch im ganzen	Pfd. 0,12
Seelachs gr. o. K., l. g.	Pfd. 0,16
Rotbars	Pfd. 0,18
Kabliaufilet	Pfd. 0,24
Wurstwaren	
Speckwurst	Pfd. 0,85
Jagdwurst	Pfd. 0,88
ff. Leberwurst	Pfd. 0,98
Zervelat od. Salami	Pfd. 1,15
Schinkenspeck	Pfd. 1,18
Käse und Fette	
Harzer	Pfd. 0,25
Tilsiter vollfett	Pfd. 0,68
Steinbuscher vollfett	Pfd. 0,68
Margarine	3 Pfd. 0,80
Bratenschmalz	Pfd. 0,48

Frisches Fleisch	
Suppenfleisch	Pfd. von 0,48
Schmorfleisch	Pfd. von 0,68
Schweinebauch	Pfd. v. 0,72
Schweinekotelett	Pfd. von 0,80
Eisbein m. Spitzbein	Pfd. 0,48
Hammelvorderfl.	Pfd. von 0,58
Rinderbacken	Pfd. 0,40
Rinderherzen	Pfd. 0,48
Kalbsteule	0,64
Kassler	0,68
Gekochter Schinken	0,32
Sultaninen	0,26
Molkereibutter	1,12

Obst und Gemüse	
Kalterer BöhmerPfd. 0,18
KochbirnenPfd. 0,16
FeigenPfd. 0,22
BananenPfd. 0,26
ZitronenDtsch. 0,38
Rot- od. Weisskohl	3 Pfd. 0,10
Wirsingkohl3 Pfd. 0,10
Spinat3 Pfd. 0,14
Märk. Rübchen3 Pfd. 0,14
Rosenkohl2 Pfd. 0,35
Sellerie3 Pfd. 0,20
Kartoffeln10 Pfd. 0,26
Konserven	
Haushaltgemüse aus getrockneten Erbsen0,36
Karotten geschnitten0,28
Junge Erbsen fein0,88
Junge Erbsen mittelfein0,68
Kolonialwaren	
Weisse Bohnen2 Pfd. 0,25
Tafelreis2 Pfd. 0,25
LinsenPfd. 0,14
BackobstPfd. 0,36
AprikosenPfd. 0,44

AUSSERDEM:
ENORM BILLIGE ANGEBOTE während unserer WOHLFEILEN WOCHEN

H E R M A N N

BESUCHEN SIE UNSERE SPIELWAREN-AUSSTELLUNGEN

Die Wahrheit über die BVG.-Aktion

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

Wie ist es zum Berliner Verkehrsstreik gekommen? Wer darüber sachlich urteilen will, lese aufmerksam die folgende Darstellung. Hier sind keine Phrasen, sondern Tatsachen!

Seit Juni 1931 wird von den Regierungen in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten mit gesetzlichen Maßnahmen eingegriffen. Mit vier aufeinander folgenden Notverordnungen wurden die Eingriffe in das Tarifrecht vertieft und der Teil der betroffenen Arbeitnehmer vergrößert.

Den schwersten Schlag gegen das Tarifrecht führte die Regierung Papen

mit ihrer Notverordnung vom 5. September, durch die die Tarifabmachungen für alle in öffentlichen Betrieben und Gesellschaften Beschäftigten der Prüfung und Beanstandung durch die Regierungsstellen unterworfen wurden, mit der Maßgabe, daß Rechtsmittel der Gewerkschaften gegen die behördlichen Beanstandungen ausgeschlossen wurden.

Trotz dieser schweren gesetzlichen Vorschriften haben die freien Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes, der in allen Stellen Hauptträger der Tarifabkommen für in öffentlichen Betrieben Beschäftigten ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ordnungsmäßigen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern ohne Zuhilfenahme staatlicher Schlichtungsinstanzen geregelt. Alle Löhne in den öffentlichen Betrieben einschließlich der Verkehrsbetriebe und der Betriebe, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, müssen nach den Notverordnungen den Löhnen der Reichsarbeiter bzw. der Reichspostarbeiter gleichgestellt werden.

Tatsache ist, daß es der gewerkschaftlichen Arbeit bis heute gelungen ist, diesen Lohnabbau abzuwehren.

Nachdem für die Berliner städtischen Arbeiter und für die Beschäftigten in den Berliner Gas- und Wasserwerken ab 1. Oktober 1932 die Löhne tariflich neu geregelt waren, mit der Maßgabe, daß sie im Durchschnitt 10 bis 11 Pf. pro Stunde höher liegen als die Löhne der Reichsarbeiter — trotz eininhalbjähriger Notverordnungspolitik — stand auch für die bei der BVG. Beschäftigten die Neuregelung der Löhne ab 1. Oktober bevor. Die Löhne der BVG. weichen in verschiedenen Bestimmungen auf Grund der Eigenart des Betriebes, soweit das Fahrpersonal in Frage kommt, von den Lohngruppen der übrigen städtischen Arbeiter ab. In jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfen ist erstritten worden, daß

die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die früher nicht unerheblich ungünstiger waren, nunmehr mit denen der städtischen Arbeiter und Werksarbeiter im wesentlichen gleichgestellt sind.

Die Direktion der BVG. hat jedoch beim Beginn dieser Lohnbewegung verkündet, daß ein Tarifvertrag mit einer Lohnregelung wie bei den städtischen Betrieben und Werken nicht in Frage kommt und hat die gesamte Belegschaft der BVG. in Empörung gebracht mit der unmöglichen Forderung einer Kürzung der Löhne der Beschäftigten von 14 bis 23 Pf. pro Stunde. In langen Verhandlungen ist von den Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes ein Ergebnis erzielt worden, das eine Senkung der Stundenlöhne um 2 Pf. ab 1. November 1932 vorsah. Alle sozialen Zulagen, einschließlich der Zulagen für das Fahrpersonal, und alle übrigen lohnvertraglichen Bestimmungen sollten unverändert bleiben.

Während der Verhandlungen, die sich mit ihrem Ende auch dem Wahltag näherten, trat

die Einheitsfront der Nationalsozialisten und der Kommunisten

in Erscheinung. In unzähligen Artikeln wurde der „Gewerkschaftsbürokratie“ unterstellt, daß sie einen weitgehenden Lohnabbau hinnehmen würde. Der Stadtverordnete Wisneroffi (KPD), Mitglied des Aufsichtsrates der BVG., erklärte nach einem Bericht der „Roten Fahne“ vom 23. Oktober 1932 vor dem „Einheitsausschuß“, bestehend aus Nationalsozialisten, KPD. und Unorganisierten, in Haverlands Festreden: „Die freien Gewerkschaften werden einen Stundenlohnabbau von 5 Pf. hinnehmen.“

In einer Aufsichtsratsitzung der BVG. haben die kommunistischen Vertreter gegen den Antrag der Sozialdemokraten gestimmt, nach dem die Direktion im letzten Stadium der Verhandlung beauftragt wurde, auf der Grundlage der bisher geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Also einerseits in ungezählten Zeitungsartikeln Kampf gegen jeden Lohnabbau, andererseits Dolchstoß in den Rücken der für die Arbeitsbedingungen der BVG.-Arbeiter verantwortlichen, am Tarif beteiligten Gewerkschaften. In einem nicht mehr zu überbietenden Trommelfeuer auf die zu zwei Dritteln unorganisierte Belegschaft der BVG. wurde von den Nationalsozialisten und Kommunisten eine Stimmung erzeugt, die es den Funktionären der freien Gewerkschaften unmöglich machte, allein die Verantwortung für eine endgültige Entscheidung zu tragen. Die Vollversammlung der Funktionäre der freien Gewerkschaften verlangte daher, daß die Gewerkschaften eine Urabstimmung in den Betrieben herbeiführen. Die sonst übliche Befragung der Belegschaft durch die Gewerkschaften war in diesem Falle nicht möglich, da die Gewerkschaften nur ihre Mitglieder befragen können, nicht aber die Unorganisierten.

Um wenigstens die Ordnungsmäßigkeit zu garantieren, ist die Urabstimmung von der gesetzlichen Betriebsvertretung durchgeführt worden. Das Ergebnis ist bekannt: Keine sahrungsgemäße Mehrheit für Streik, aber auch keine Mehrheit für Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Unter vernünftiger gewerkschaftlicher Ausnutzung dieses Abstimmungsergebnisses wäre es durchaus möglich gewesen, weitere Erfolge für die Belegschaft zu erringen. Darauf kam es jedoch der nationalsozialistisch-kommunistischen Einheitsfront nicht an. Der Wahlschlager mußte steigen!

Beweis: „Rote Fahne“ vom 3. November 1932. Sie schrieb:

„Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pf. die Stunde... aber es geht um mehr als das.“

Angeichts des Abstimmungsergebnisses lehnten die beteiligten Gewerkschaften die Unterzeichnung eines Lohnabkommens ab.

Bei dieser Lage der Dinge wäre es richtig gewesen, die Verhandlungen weiterzuleiten und sich die Waffe des Streiks als letztes Mittel aufzusparen. Anstatt dessen trieben die Nazis und Kommunisten aus politischen Gründen zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der BVG. sah sich veranlaßt, da die Gewerkschaften sich weigerten, den Vertrag zu unterzeichnen, die Vertreter der Gewerkschaften zu laden. Diese forderten nach wie vor neben der Fortzahlung der bisherigen Lohnsätze eine Verlängerung des Manteltarifvertrages in seiner alten Fassung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Schon am Nachmittag des gleichen Tages griff der Schlichtungsausschuß auf Veranlassung der Direktion ein. Damit gerieten die Tarifverhandlungen zwangsläufig in den Bereich der behördlichen Schlichtung.

In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß begründeten die Direktionsvertreter einen Lohnabbau, der über das bisherige Ergebnis der durch die freien Gewerkschaften geführten Verhandlungen hinausging.

Es wurde jedoch ein weiterer Lohnabbau über die Stundenlohnkürzung von 2 Pf. hinaus im Schlichtungsverfahren abgewehrt. Der alte Manteltarifvertrag mit seinen für die Verkehrsarbeiter so außerordentlich wichtigen sozialen Bestimmungen, wie: Bezahlung der Wochenfeiertage — Krankenlohn bis zu 26 Wochen — Urlaub mit vollem Lohn bis zu 19 Arbeitstagen — freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln der BVG. und freie Dienstkleidung usw., wurde bis zum 31. März 1933 unverändert verlängert.

Das ist das alleinige Verdienst einer energischen Verhandlungsführung durch die tarifbeteiligten Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben sich bis zuletzt gegen jeden Lohnabbau gewehrt. Sie machten von der gegebenen Erklärungsfrist keinen Gebrauch, sondern lehnten den Schiedspruch unmittelbar nach der Verkündung ab. Alle gegenteiligen wahlpolitischen Zwecklügen ändern an diesen Tatsachen nichts. Nun setzte der Staatsapparat mit seinem Schlichter ein. Trotz ernster Warnungen sprach der Schlichter die Verbindlichkeitserklärung aus. Dadurch war ein Tarifvertrag mittels staatlichen Zwanges festgesetzt. Die Löhne sind nach dem Schiedspruch folgende:

Für die Technik:

Ungelehrte	88 Pf. pro Stunde
Handwerker	104 „ „ „
Männliches Verkehrspersonal	97 „ „ „
Fahrtkartenausgeberinnen	79 „ „ „

Frauen- und Kinderzulagen von je 2 Pf. pro Stunde bleiben bestehen, sie wurden bisher bis zu 44 Stunden und werden künftig bis zu 48 Stunden gezahlt.

Die Fahrerzulagen für das Fahrpersonal werden in aller Höhe weitergezahlt, ebenso die Zulagen für die in der Technik Beschäftigten.

Die nationalsozialistisch-kommunistische „Zentralstreikleitung“ hatte weder die Fähigkeit noch den Willen, die von ihr inszenierte Streikaktion im Interesse der Verkehrsarbeiter auszuwerten. Sowie inzwischen bekanntgemorden, hatte sich zwar eine Kommission von fünf Personen bei der BVG.-Direktion vorgestellt; sie fand sich aber mit der Erklärung der Direktion ab, daß sie mit diesem „Einheitskomitee“ nicht verhandle.

Die freien Gewerkschaften hatten zum Freitag, dem 4. November, eine Vollversammlung aller freigewerkschaftlichen Funktionäre im Gewerkschaftshaus einberufen und über den Verlauf dieser Bewegung Bericht erstattet. Die Meinung der freigewerkschaftlichen Funktionäre ergab sich aus der Abstimmung über einen aus der Versammlung eingebrachten Antrag, der den freien Gewerkschaften und ihren Verhandlern das volle Vertrauen für die Haltung und die getroffenen Maßnahmen ausspricht. Der Antrag wurde mit mehr als 400 gegen nur 3 Stimmen unter starkem Beifall angenommen.

In der Öffentlichkeit kursieren Gerüchte, nach denen die freien Gewerkschaften „den Streik für beendet“ erklärt hätten. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: Die Gewerkschaften haben keinen Streik verkündet, und demzufolge auch keinen Streik zu beenden.

Die Verkehrsstilllegung in Berlin ist von vornherein eine gemeinsame politische Aktion der Nationalsozialisten und Kommunisten gewesen, wie die dargestellten Tatsachen beweisen. In einem kommunistischen Flugblatt heißt es ausdrücklich: „Dieser Streik ist ein politischer Streik.“

Nachdem die Möglichkeit gewerkschaftlicher Betätigung durch die Schaffung eines Zwangsarbeitsvertrages beendet war, konnten die Gewerkschaften nur noch ihren Mitgliedern die Mitteilung machen, daß sie sich zur Dienstleistung bereiterklären sollten, soweit sie nicht durch Gewalt gehindert würden und soweit ihnen dies nach der Lage der Verhältnisse zuzumuten wäre.

Die politische Aktion, die zur Stilllegung des Berliner Verkehrs führte, ist keine gewerkschaftliche Streikaktion. Wenn die Gewerkschaften zur Arbeitsniederlegung auffordern, übernehmen sie die Führung auch mit allen Konsequenzen.

Die Führung dieser rein politischen Aktion aber mußte dem „Einheitskomitee“ der Nationalsozialisten, Kommunisten und Unorganisierten von vornherein überlassen bleiben.

Die Berliner Verkehrsarbeiter sind in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise für parteipolitische Ziele mißbraucht worden.

Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelanger zäher Arbeit, Hand in Hand mit einem disziplinierten Funktionärskörper, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Verkehrsarbeiter gewirkt und Schäden von ihnen abgewehrt. Ehrlicherweise kann niemand behaupten, daß ihre Arbeit erfolglos gewesen sei! Sie haben in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse lange Zeit vorher nachgewiesen, daß jede weitere Kürzung des Lohnes die ernstesten Konflikte heraufbeschwören muß. Der Staat hat durch Eingriff des Schlichters, durch Schaffung des Zwangsarbeitsvertrages, den an den Verträgen beteiligten Gewerkschaften die Hände am ersten Tage der Verkehrsstilllegung gebunden.

Die zu zwei Dritteln unorganisierte Belegschaft unterstand dem unmittelbaren Einfluß der politischen Faktoren von ganz rechts und ganz links, die mit Hilfe ihres Parteiapparats in jede gewerkschaftliche Bewegung ungehemmt eingreifen konnten. Diese politischen Parteien sinnlos in eine opferreiche Niederlage hineinrennen, zeigt der nationalsozialistisch-kommunistische

So wurde ein politischer Kampf, wenige Tage vor der Reichstagswahl, auf dem Rücken der BVG.-Arbeiter und der arbeitenden Bevölkerung Berlins ausgetragen.

Schwere Opfer sind nutzlos gebracht worden. Die Verantwortung dafür tragen die Nationalsozialistische und die Kommunistische Partei!

So wurde der Berliner Verkehrsstreik ein Musterbeispiel dafür, wie Lohnkämpfe nicht geführt werden dürfen. Wie sie mit möglichst geringen Opfern zu möglichst großen Erfolgen geführt werden können, zeigt die jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrung. Wie man sinnlos in eine opferreiche Niederlage hineinrennt, zeigt der nationalsozialistisch-kommunistische Verkehrsstreik.

Arbeiter, laßt euch nicht mißbrauchen! Jetzt erst recht hinein in die Kampffront der freien Gewerkschaften!

Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin

Streifer und Streifbrecher

„Erfolge“ und Niederlagen der RGO.

Vom Deutschen Textilarbeiterverband wird uns geschrieben:

Aus der Textilindustrie brachte die „Rote Fahne“ drei Beispiele des „Verrats der Reformisten“. Als erstes die Firma Görlitz in Chemnitz, wo der Textilarbeiterverband 2,5 Proz. Lohnabbau vereinbart habe. Die SPD-Betriebsräte leisteten Streifarbeit. Der Streik bricht zusammen, Textilarbeiter erkennen den Verrat, 56 treten der RGO bei.

Wie ist der wahre Sachverhalt? Die Firma Görlitz wollte auf Grund der Notverordnung den Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 50 Proz. kürzen, d. h. also den Wochenverdienst um 10,42 Proz. Nach ergebnislosen Verhandlungen trat die Belegschaft in den Streik. Durch Eingreifen des Textilarbeiterverbandes wurde erreicht, daß anstatt des Abzuges von 10,42 Proz. für alle, nur ein solcher von 2,5 Proz. eintrat und nur für die Afordarbeiter. Die Zeitsöhner erhielten keinen Lohnabbau. Dieses Ergebnis wurde von der Belegschaft

mit 362 gegen 52 Stimmen angenommen.

Wenn nun 56 Arbeiter der RGO beigetreten sind, dann muß doch wohl ein Teil von ihnen für das vom Textilarbeiterverband erreichte Ergebnis gestimmt haben. Auf der gleichen Linie liegt auch der Schwindel vom Streikbruch der SPD-Betriebsräte.

Als zweites Beispiel bringt die R. F. die Jute-Spinnerei Bliestedt. Hier trat die Belegschaft unter Führung der RGO in einen wilden Streik. Vernünftige Arbeiter wurden terrorisiert und geprügelt. Am Zusammenbruch des Streiks hat allein die RGO, schuld, der Textilarbeiterverband hat sich in diesem Kampf gar nicht hineingemischt. Letzterem blieb es lediglich vorbehalten, durch den Tarifabschluß im Niederelbebezirk, der die Notverordnung abdingt, die Karre wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Das dritte Beispiel vom „Verrat der Reformisten“ soll die Firma A. Hoffmann in Neugersdorf sein. Vorauszusetzen ist, daß dieser Betrieb seit Jahren keinen Betriebsrat hatte und daß die Firma seit langer Zeit unter Tarif entlohnte, weil

die „Revolution“ nicht den Mut aufbrachten, der Firma gegenüber für ihre Rechte einzutreten.

Am 3. Oktober wollte die Firma auf Grund der Notverordnung den Gesamtlohn um 12,5 Proz. kürzen. Nach ergebnislosen Verhandlungen trat die Belegschaft am 5. Oktober in den Streik. Dieser wurde gemeinsam von Nazis und Nazis benutzt, nicht um die Firma zu bekämpfen, sondern in der gemeinsten Weise den Textilarbeiterverband zu beschimpfen! Nach mehrmaligen Verhandeln erreichte der Verband, daß: 1. die Firma die tariflichen Löhne zahlen muß, und daß 2. der Abzug nicht 12,5 Proz., sondern nur 4,5 Proz. beträgt. Nach diesem „Verrat“ der Reformisten ist der Lohn der Arbeiter vielfach höher als vorher, weil die Firma jetzt nach dem Tarif entlohnen muß. Das Ergebnis wurde von einer Belegschaftsernennung mit übergroßer Mehrheit angenommen. Die RGO-Gelben waren bei der Arbeitsaufnahme am

24. Oktober die schnellsten. Das sind also die „Niederlagen“ der Reformisten.

Wie sehen dagegen die „Siege“ der RGO, aus?

Sie will den Lohnabbau in der Jute Braun-schweig verhindern haben. In Wirklichkeit waren es auch hier die „Reformisten“, die in Verhandlungen vor dem Schlichter erreichten, daß der Lohnabbau unterbleibt. Nach dem Streik sind 38 Arbeiter dem Textilarbeiterverband beigetreten, darunter einige ehemalige RGO-Leute. Ebenso hatte die RGO, auf den Streik bei der Baldus in Friedrichstal nicht den geringsten Einfluß. Die „Gewerkschaftsbürokratie“ hat nicht den Streik abgemürt, sondern durch Verhandlungen erreicht, daß von der Notverordnung kein Gebrauch gemacht wird und nur für die erledigung englischer Aufträge ein Abbau von 2,5 Prozent erfolgen darf, und zwar auch nur für die Dauer dieser Aufträge.

Aber warum ist denn die „Rote Fahne“ so bescheiden und meldet von den wirklichen „Siegen“ der RGO, keine Silbe? So z. B. vom „Sieg“ im Frankwerk in Chemnitz, wo die RGO, jedes Eingreifen des Verbandes verhinderte und erklärte,

hebet den Streik zusammenbrechen lassen zu wollen.

Was dann nach einigen Tagen auch prompt geschah, wobei der RGO-Betriebsratsvorsitzende als erster in den Betrieb lief!

Oder wie steht es mit dem „Sieg“ in der Färberei Bahn in Schönau bei Chemnitz, wo ebenfalls nach einigen Tagen Streik die RGO, in die

Niederlage „führte“? Hier trat der Nazi-Betriebsrat sofort der RGO, bei und lief stolz mit deren Abzeichen herum. Das hinderte ihn aber nicht, am dritten Streiktag als einer der ersten zum Streikbrecher zu werden. Er hat sich seine Arbeitsstelle erhalten, dagegen blieben 40 Textilarbeiter auf der Straße!

Ebenso fanden sich bei dem Streik bei der Firma Voigt, Strickerlei in Chemnitz, der auch von der RGO, geführt wurde, bereits am ersten Tage 11 Streikbrecher. Hier konnte nur das Eingreifen der Organisation den Zusammenbruch des Streiks verhindern und ihn

zu einem Erfolg für die Arbeiterklasse führen.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier alle Heldentaten der RGO, aufzählen. Dazu müßte der „Vorwärts“ doppelten Umfang haben. Es kommt der RGO, und der KPD, ja auch nicht darauf an, den Arbeitern beim Kampf gegen den Lohnabbau behilflich zu sein. Die Arbeiter sollten nur helfen, für die KPD, eine recht zweifelhafte Wahlpropaganda zu treiben. Das Schicksal der Arbeiter ist dabei Nebensache.

Nach einer vom Textilarbeiter-Verband aufgenommenen Statistik hat dieser bis Ende Oktober 1932 in 52 Betrieben für 17 750 Arbeiter den auf Grund der Notverordnung beabsichtigten Lohnabbau restlos abgewehrt. In weiteren 40 Betrieben wurde für 15 995 Arbeiter der Lohnabbau wesentlich gemildert. Dabei ist zu bemerken, daß diese Statistik nicht vollständig ist, weil ein Teil der Berichte noch aussteht. Das sind Zahlen, denen die RGO, absolut nichts entgegenzustellen hat.

Zur Sozialdemokratie!

KPD.-Ortsgruppe tritt über

Königsberg, 7. November.

In Lauth bei Königsberg ist fast die ganze kommunistische Ortsgruppe zur Sozialdemokratie übergetreten. Die Genossen fühlten sich mit Recht von den kommunistischen Drahtziehern gemein betrogen und dem Ciend preisgegeben. Es handelt sich fast ausschließlich um Kleinrentner der Arbeiterbevölkerung Lauth, die von den Kommunisten zu einer Mieterstreikaktion aufgepuscht worden waren und sich daraufhin zu Tätlichkeiten gegen Polizei und Volkshilfsbeamte bei der Ermittlung hinreizen ließen. In dem anschließenden Riesenprozeß wurden die Verführten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt und — wie bei den Kommunisten üblich — von der Parteileitung der KPD, ihrem traurigen Schicksal überlassen. Königsberger KPD.-Agitatoren hatten noch die Dreistigkeit, die Verurteilten auf eine allgemeine Amnestie zu vertrusten und im übrigen die Schuld an den Verurteilungen der SPD, aufzubürden, die mit dieser Angelegenheit nicht das geringste zu tun hatte. Empört über das niederträchtige Verhalten der kommunistischen Führer suchten die bedauernswerten Opfer kom-

munistischer Verhöhnungspolitik Schutz bei der Sozialdemokratischen Partei mit der folgenden Begründung:

„Wir geben hiermit folgende Erklärung ab: Wir haben uns aus eigenem Antrieb an die Ortsgruppe der SPD, Lauth gewandt, um dieselbe zu bitten, für uns Gnadengesuche einzureichen. Wir haben uns zu diesem Entschluß bekannt, weil wir davon überzeugt sind, daß die Kommunistische Partei uns keine Hilfe bringen will. Es ist aber auch wahrheitswidrig festgestellt worden, daß wir die Absicht gehabt hätten, unseren ermittelten Nachbarn tatkräftig helfen zu wollen. Wir müssen es von uns weisen, unsere Interessensvertretung noch länger bei einer Partei zu suchen, die nichts tun will, um uns vor dem Gefängnis zu bewahren. Wir haben auch nicht gewußt, daß Taulien die Absicht hatte, eine „Aktion“, wie es die Kommunisten nennen, für die ermittelten Nachbarn durchzuführen. Wir beurteilen diese Interessensvertretung und versichern, daß wir mit der KPD, nichts mehr zu schaffen haben.“

Getarnter Verein

Ein Anschlag im Angestelltenarbeitsnachweis Kaiser-Wilhelm-Straße befragt:

Für das Arbeitslager in Hammerstein werden Arbeitsfreiwillige bis zum Alter von 25 Jahren gelocht. Meldung im Nachweis Gormanstr. 13 II bei Stellenvermittler Schinzer. Der Bewerber bekommt dort einen Papierabschnitt: Melde beim Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte e. V., Berlin W 9, Potsdamer Straße 134a. Aus der dritten Etage dieses Hauses hängt eine große Hasen-Kreuzfahne heraus. Aber der stumme Portier beruhigt darüber, der Verein hat seine Räume in der zweiten Etage. An der Tür der zweiten Etage aber ist ein Schild: „Arbeitsdienst eine Treppe höher“.

Also: eine Treppe höher zur Hasenkreuzfahne! Ein langer Flur führt zum Abfertigungszimmer. Die erste Frage ist: „Sind Sie in irgendeiner Gewerkschaft, Partei oder sonstigen politischen Organisation Mitglied?“

In dem zur Ausfüllung vorgelegten Fragebogen werden die Fragen, ob noch organisiert oder organisiert gewesen, wiederholt.

Junge Leute im Zimmer wurden außerdem gefragt, ob sie mit der NSDAP, sympathisieren. Nur gute deutsche Jugend werde gebraucht, keine Heher.

Im „Angriff“

Der Angepumpte wird entlassen

Ein Inseratenaquifiteur des „Angriff“ wurde fristlos entlassen mit der Begründung, er habe durch Mitteilungen an Außenstehende die Interessen des Verlages geschädigt. Der Entlassene hat nämlich einem Kollegen, der gleichfalls beim „Angriff“ beschäftigt war, an Eidesstatt versichert, er, der Entlassene, habe dem Leiter der Inseratenteilung, einem Herrn Hindenburg, Geld geborgt, das er nicht zurückbekommen habe, er habe auf Verlangen Hindenburgs, wenn dieser in Geldverlegenheit war, öfter Vorschüsse auf seine Provisionsforderungen erhoben und den größten Teil davon an Hindenburg als Darlehen abgeben müssen. Einmal habe Hindenburg einen Vorschuß auf das Konto des Entlassenen erhoben, ohne diesem davon Mitteilung zu machen. Hindenburg habe von Interenten des „Angriff“ (einem Uhren-geschäft in Berlin und einer Weinhandlung in Singen) Waren entnommen und trotz wiederholter Mahnung nicht bezahlt.

Vor dem Arbeitsgericht behauptete der entlassene Aquifiteur, seine Angaben seien wahr und könnten bewiesen werden. Uebrigens sei er nicht der einzige Angestellte, den Hindenburg angepumpt habe. Weiter gab der Kläger an, er sei im August entlassen, aber bis jetzt habe der Verlag des „Angriff“ noch nicht über die fälligen Provisionskonten mit ihm abgerechnet. Infolgedessen stehe er jetzt so da, daß er nicht mehr in der Lage sei, seinen Hunger zu stillen.

Ein Zeuge bestätigte die Angaben des Klägers, soweit sie sich auf die Pumpwirtschaft Hindenburgs und das Vorkaufnehmen zu dessen Gunsten beziehen. Ueber die nicht bezahlte Warenentnahme von Interenten soll im nächsten Termin Beweis erhoben werden.

Enthüllungen aus dem Landbund

Geldverschwendung und wenig sachliche Arbeit — „Einstampfen“ verlangte Graf Kalckreuth

Die Landwirtschaftskammern, Landbünde und Bauernvereine kosten jährlich nicht weniger als 40 bis 50 Millionen Mark! Diese Enthüllung bringt eine Schrift von Dr. Peters, Staatssekretär z. D., „Die Landwirtschaftliche Berufsvertretung“, die von der Deutschen Verlagsgesellschaft Berlin (Preis 2,50 M.) eben herausgebracht wurde. Bei der landwirtschaftlichen Verbandsbürokratie herrscht über die Veröffentlichung wilde Empörung. Graf von Kalckreuth vom Präsidium des Reichslandbundes hat vergeblich das „Einstampfen“ der Schrift verlangt. Die Gegenkräfte, die hinter der Veröffentlichung stehen, waren stärker. Graf Kalckreuths Verlangen wird begrifflich.

wenn man folgende Stelle liest:

„Und zu welchem Zweck werden diese Riesensummen benötigt? Zur Aufrechterhaltung eines Heeres von Geschäftsführern, Angestellten und anderen Funktionären und zu Zwecken der Propaganda in erster Linie, zu sachlicher, der Landwirtschaft dienenden Arbeit oft nur nebenher. Und es werden nicht nur enorm laufende Einnahmen verbraucht, es werden oft auch Schulden über Schulden gemacht.“

So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, ein großer Provinzialverband in diesem Jahre gezwungen, die Umlage zu verdoppeln, da er den Betrag der Umlage von 1931 für Schuldzinsen und für fällige Schuldrückzahlungen braucht. Man braucht nur aufmerksam die Presse zu verfolgen, überall findet man, daß Verbände in Liquidation getreten sind, liest von Konkursanträgen ärgerlich gewordener Gläubiger, muß sogar feststellen, daß Brotschüren aus Verbandsmitteln verfaßt und verbreitet werden, die sich mit Behauptungen befassen, welche schwerste Verfehlungen maßgebender Verbandspersonalitäten — natürlich bei der Konkurrenz — als erwiesen darzutun trachten.

Tragt man aber den einfachen Mann auf dem Lande, was er von seinem Landbund oder Bauernverein hält, so ist die Antwort fast immer die gleiche. Man hebt hervor, daß die Buchführungs- und Steuerberatungsstellen gut und praktisch arbeiten, daß es aber doch möglich sein müßte, diese für weniger Geld arbeiten zu lassen, und daß man ganz im Unklaren darüber sei, was eigentlich mit all dem Geld geschehe, das sonst noch einem abgefordert werde.

Natürlich sagen so nicht die, die im Verbande Posten bekleiden, Räder der Verbandsmaschine sind. Und doch gibt es auch bei denen sehr viele ernste und sachlich Urteilende, die erklären, so kann es nicht weitergehen. Sogar führende Persönlichkeiten sagen das, deren Name jeder Landwirt kennt. Versuchen sie aber ihren auf Verringerung des unhaltbaren jetzt abzielenden Willen durchzusetzen, sie erreichen es nicht und scheiden dann müde und vergrämt aus der Organisation aus, die oft ihrem Wirken das Verdienst verdankt, nun aber ihrem Einfluß verloren gegangen ist.“

Hinter der Veröffentlichung stehen

einige dem offiziellen Landbündkurs nicht gerade wohlwollend gegenüberstehende, aber im übrigen auch stramm reaktionäre Herren. Der Führer dieser Fronde ist Freiherr von Wilmsowitz, Schwager von Krupp, aus dem Vorstand des Sächsischen Landbundes vor einigen Jahren herausgedrückt, und Vorsteher des vom Reichsernährungsministerium subventionierten Reichsinstitut für Technik in der Landwirtschaft, übrigens eine der wenigen sachlich arbeitenden landwirtschaftlichen Organisationen. Ferner gehören zu diesem Kreis der Direktor der „Deutschen Tageszeitung“, Freiherr von Wangenheim, der Präsident der Pommerischen Landwirtschaftskammer von Flemming Paahig und der ehemalige Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Peters, der — neben seiner Pension — Syndikus des Verbandes der Kartoffelhändler ist.

Die der Kritik angeschlossenen Reformvorschlüsse dieser Herren sind in mancher Hinsicht durchaus beachtenswert, so z. B. der Abbau des ausgeblühten Beamtenapparats der Landwirtschaftskammern mit seiner Doppel- und Gegenüberarbeit, die Schaffung eines Unterbaues für die Landwirtschaftskammern in den Kreisen, und endlich die auch von der Sozialdemokratie längst verlangte Vertretung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern. Der Wunsch nach Ausschaltung der Parteipolitik wird freilich ein frommer Wunsch sein bei Leuten, die wie die Urheber der Schrift den alten Kaiser- und königlichen „Bund der Landwirte“ wiederbeleben möchten.

Aber wegen dieser Reformvorschlüsse würde der Herr Graf im Reichslandbund nicht so aus dem Häuschen geraten sein. Die „Reformer“ wollen auch eine

Veränderung der Berufsvertretung der Landwirtschaft,

die heute durch die verschiedensten Vereine und Verbände erfolgt. Am meisten haben sie am Reichslandbund auszulegen, der infolge seiner Entstehung aus den einzelnen Provinzial- und Kreislandbünden finanziell von diesen abhängig ist und das Lied seiner Geldgeber singen muß, d. h. heute der RSDAP. Die finanzielle Belastung der Landbündmitglieder ist

immer mehr gewachsen. Daran wird schärfste Kritik geübt. Bei einzelnen Bänden beträgt der Beitrag bis zu 1,50 M. je Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche — und die jahrelang vom Landbund betriebene Agitation, keine Steuern mehr zu zahlen, hat sich schließlich gegen den Landbund selber gewandt, der jetzt in großen finanziellen Schwierigkeiten ist.

Bei dem zweiten Verband, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, ist es nicht ganz so schlimm. Aber auch hier verschwindet die Berufsvertretung oft hinter der reinen Parteipolitik.

Neben diesen großen Organisationen gibt es aber noch eine Unmenge von kleineren, die viel Geld kosten und wenig leisten. So verschlingt eine Provinzialorganisation des Reichsverbandes der land- und forstwirtschaftlichen

Arbeitgebervereinigungen

allein jährlich 250 000 Mark. Das gleiche gilt für den Reichsgrundbesitzerverband, dessen Daseinsberechtigung verneint wird. Dieser Verband wurde 1921 gegründet und bezweckt „die Verteidigung, Erhaltung und Kräftigung der wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen des ländlichen Grundbesitzes“.

Da die Reformer die Hoffnung, daß sich die

Verbände reorganisieren lassen, aufgegeben haben, so wollen sie den nach dem Umsturz 1918 in den Reichslandbund aufgegangenen

Bund der Landwirte wieder aufleben lassen.

Straff zentralistisch soll er organisiert werden und sich von jeder Parteipolitik fernhalten. Wir wünschen viel Glück zu dieser neuen Gründung. Gelingt es, dem Bund der Landwirte von neuem Geltung zu verschaffen, so werden zweifellos die Fronten wieder klarer werden. Der Bund der Landwirte wird getreu seiner großagrarischen Tradition auf dem ostelbischen Getreidebau und dem mitteldeutschen Rübenbau basieren, und der Reichsmark, den jetzt der Reichslandbund darstellt — ostelbische Junker und rheinische Bauern — wird wieder in seine Bestandteile zerfallen.

Jedenfalls, der von außen so fest gefügt erscheinende Organisationskörper der Landwirtschaft ist hohl und morsch geworden. Die von einem kurzfristigen Interessenstandpunkt und von dem Gedanken der Besitzhaltung diktierte Agrarpolitik hat auch in dieser Richtung zum Bankrott geführt. Daran wird auch der neu zu gründende Bund der Landwirte nichts ändern, stünde er auch unter einer noch so „autoritären Führung“.

Ein letzter Warnungsruf

Vor dem Zusammenbruch der Gemeinden

Die unhaltbare Finanzlage der deutschen Kommunen hat den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Muler, veranlaßt, in letzter Stunde eine nochmalige eindringliche Warnung an die Reichsregierung zu richten.

In einem Schreiben an den Reichskanzler erklärt Dr. Muler, daß zahlreiche Gemeinden vor dem offenen finanziellen Zusammenbruch ständen. Eine derartige Finanzkatastrophe müßte jede Belebung in der Wirtschaft ersticken. Viele Kommunen seien heute schon nicht mehr in der Lage, die Steuern und Abgaben an die Länder sowie Kommunalverbände abzuführen und ihre Zinsen und Rechnungen zu bezahlen. Diese finanzielle Not habe im laufenden Jahr zu einer Senkung der kommunalen Aufträge an die Wirtschaft um 2,5 Milliarden Mark geführt.

Sodann faßt Dr. Muler die zur Rettung der Kommunen erhobenen Forderungen der kommunalen Organisationen in folgenden Punkten zusammen: Die Arbeitslosenhilfe muß vom Gemeindehaushalt finanziell losgelöst und einheitlich zusammengefaßt werden, da nur dann die Gemeinden zu einem Staatsausgleich gelangen können. Die Gemeinden müssen vor der Durchführung dieser grundlegenden Reform aus den Ersparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge als zusätzliche Reichshilfe weitere 300 Millionen Mark erhalten. Notwendig ist

ferner die Eingliederung der Gemeinden in die Arbeitsbeschaffung.

Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten im kommunalen Zins- und Tilgungsdienst wird die Initiative des Reiches für geboten erachtet, gangbare Wege zu einer Minderung der Zinsverpflichtungen zu finden. Die Frage der kommunalen Umschuldung müsse beschleunigt gelöst werden.

Schließlich weist Dr. Muler noch auf die Forderungen der Privatwirtschaft in der Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe hin und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung zu einer derartigen Maßnahme nicht ihre Hand bietet. Die Abgaben der Versorgungsbetriebe an die Kommunen, die höher seien als die Steuern der Privatwirtschaft, gäben neben der Reichshilfe allein die Möglichkeit, wenigstens halbwegs die Unterhaltungen für die Wohlfahrtsverbände aufrechtzuerhalten.

Am Schluß des Schreibens fordert der Präsident des Städtetages eine engere staatsrechtliche Beziehung der Gemeinden zum Reich, die ihre Zusammenarbeit und ihre Betreuung nach einheitlichen Gesichtspunkten nach sich zieht und damit die Wiederkehr solcher unangenehmer Situationen, wie sie in der Gegenwart eingetreten sind, ein für allemal verhindert.

Universalleisen noch keine Besserung des Inlandgeschäftes festzustellen. — Die Aufwärtsbewegung der Preise hat sich auf dem Weltmarkt im Berichtsmonat für fast alle Wertmetalle fortgesetzt. Besonders starke Nachfrage herrschte nach Banderisen. Ein größerer Auftrag ging aus Rußland ein.

Nationalisierung

Mexikos Bodenschätze verstaatlicht.

Die mexikanische Regierung hat ein Dekret erlassen, durch das die Bodenschätze an Gold, Kupfer, Antimon, Quecksilber, Aluminium, Phosphat, Salpeter, Kohle, Platin, Eisen und Wismut nationalisiert werden. Das Dekret soll zum Ausdruck bringen, daß die genannten Bodenschätze als Nationalreserven zu betrachten sind. Es heißt, daß die gegenwärtigen Mineral- und Erdöl-Konzessionen, die sich in den Händen von Ausländern befinden, von dieser Maßnahme unberührt bleiben sollen.

Erstarrter Kapitalmarkt

Belebung durch Rückflüsse erstickt

Auch im September ist nach der jetzt veröffentlichten Uebersicht des Statistischen Reichsamts über die Boden- und Kommunalkredit-Institute noch keine Lockerung in dem erstarrten Zustande des Kapitalmarktes zu verspüren.

Zwar hat sich der Bruttoabsatz im September bei Pfandbriefen auf 38,8 gegen 17 Millionen im vorhergehenden Monat erhöht und auch bei den Kommunal-Schuldverschreibungen betragen die Neuzugänge 2,9 gegen 1,3 Millionen im Vormonat. Aber diese Belebung des Anleihemarktes, die sicherlich mit einem gewissen Anlagendecknis zum Quartalsultimo zusammenhängt, wurde durch die Rückflüsse vollständig erstickt. Die Abgänge erreichten nämlich durch Rück-

kauf und Tilgung im Berichtsmonat 74,6 gegen 66,8 Millionen im August bei den Pfandbriefen und 10,4 gegen 6,9 Millionen bei den Kommunal-Schuldverschreibungen. Die Rückflüsse betragen also im September insgesamt rund 85 Millionen, denen Neuzugänge von 41,7 Millionen gegenüberstehen, so daß der Gesamtumsatz weiter um 43,2 gegen 47,7 Millionen im August gesunken ist. Das dritte Quartal dieses Jahres war mit einem Rückgang des Gesamtumsatzes von 142 Millionen das schlechteste im Jahr. Der Gesamtumsatz betrug Ende September noch 12,06 Milliarden, davon 9,4 Milliarden Pfandbriefe, und lag damit um rund 393 Millionen unter dem Stande des Jahresbeginnes.

Die Kurse steigen

Die Börse mit den Wahlen zufrieden

An der Berliner Börse sind gestern die Aktien- und Anleihenmärkte, nachdem die vorige Woche schon bei steigenden Kursen geschlossen hatte, kräftig weitergestiegen. Die Spekulanten — das Publikum ist noch immer nicht dabei — waren mit dem Wahlausfall zufrieden, mit der Börse eigentümlichen sehr einfachen Moros, daß alle Politik gut ist, die dem Kapitalisten klingenden Vorteile verpricht.

Daß Hitler Prügeln bezog, wird günstig bewertet, weil man von dem etwas gestopften Nazimann sich mehr Ruhe und Vertrauen für das Geschäftsleben verpricht. Daß der Reichstag wieder eine arbeitsfähige Mehrheit zur parlamentarischen Regierungsbildung hat, erweckt Wohlgefallen, weil dadurch der Kurs der Papenschen Steuererhöhung gesichert erscheint.

Auf der Pariser Börse erblickt man in Hitlers Niederlage eine Stärkung des unsympathischen Papen-Schleicher-Kurses. Die „Agence Economique“, das wichtigste französische Wirtschaftsblatt, befürchtet aus Hugenbergs Wahlerfolge eine Verschärfung der deutschen Kontingentspolitik. Das führende amerikanische Wirtschaftsblatt, das „Journal of Commerce“, bewertet die nationalsozialistische Niederlage als einen günstigen Faktor für die Wiedergeburt der Wirtschaft.

Echo aus Dänemark

„Die Kontingentierung unmöglich“

Das Echo, das die deutschen Kontingentsforderungen in der dänischen Öffentlichkeit gefunden hat, bestätigt den völligen Mißerfolg der deutschen Tomatenkommission.

Der Führer der dänischen Unterhändler, Minister Rohr, erklärte in der Zeitung „Politiken“, daß die Deutschen durch die Aussprache hoffentlich zur Vernunft gebracht worden seien und die Kontingentierung aufgeben würden. Ueber den Umfang der Kontingentierung sei überhaupt nicht verhandelt worden, denn Kontingente für Schmalz, Schmalz und Käse seien für Dänemark unannehmbar. Dänemarks Schlachthofexport nach Deutschland sei von 1929/31 von 200 000 bis auf 90 000 Stück gefallen und im laufenden Jahre noch weiter gesunken. Die Kontingentierung der Käseinfuhr müßte für Dänemark vernichtende Folgen haben.

Die Preise im Konsum

Die Ermittlungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die Preise von 23 Bedarfsartikeln in 33 Städten ergaben für den 21. September 1932 folgendes Bild: Preis bei den Konsumgenossenschaften 21,74 M., Preis im gesamten Einzelhandel nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts 22,98 M. Die Konsumgenossenschaften waren also um 1,24 M. billiger.

Die geringe Preissteigerung, die bereits am vorhergehenden Stichtag, dem 24. August 1932, festzustellen war, hat sich fortgesetzt. Die 23 Bedarfsartikel kosteten bei den Genossenschaften am 20. Juli 21,50 M., am 24. August 21,67 M. und am 21. September 21,74 M. Die entsprechenden Zahlen des amtlichen Index lauten: 22,54 M., 22,74 M. und 22,98 M. Die schon im Vormonat gemachte Beobachtung, daß die Konsumgenossenschaften der allerdings immer noch geringfügigen Aufwärtsbewegung der Preise langamer folgen als der übrige Einzelhandel, wird durch das Preisbild vom 21. September in verstärktem Grade bestätigt.

Warenhaus Schoden zahlt Dividende. Der Schoden-Konzern, der in Sachsen und Süddeutschland sein Hauptarbeitsgebiet hat, kann für das am 29. Februar beendete Geschäftsjahr 1931/32 eine Dividende von wieder 5 Proz. ausschütten. Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage konnten die Umsätze um 2 Proz. erhöht werden, da das Warenhaus in Chemnitz zum erstenmal für das ganze Jahr mit seinem Umsatz hinzugewann.

Die Umsätze im Textileinzelhandel. Nach den statistischen Erhebungen war im September, wie die „Textilwoche“ mitteilt, noch keine Umsatzebebung im Textileinzelhandel festzustellen. Der Umsatz betrug wermäßig 71,1 Proz. der Septemberumsätze 1931 und nach Ausschaltung der Preisveränderungen 84,2 Proz.

Berlins Polizei und Reichstagswahl

Schwere Tage auch für die Schupo — Ein aufschlußreiches Wahlergebnis

In unserer von Krisen geschüttelten Zeit stand die Polizei mehr als einmal vor der Lösung schwieriger Aufgaben. Die Anforderungen, die durch die letzten Tage vor der Reichstagswahl an die gesamte Berliner Polizei gestellt wurden, haben jedoch alles Bisherige noch übertroffen. Zu der Sicherung des Wahlatlases trat die außerordentlich schwierige Arbeit, die der Verkehrsstreik den Polizeibeamten gebracht hat. Wenn trotzdem im allgemeinen — einzelne Mißgriffe sollen nicht entschuldigt sein — die Beamten ruhig und besonnen ihre Pflicht taten, so verdienen sie Dank und Anerkennung. Seit Donnerstagsmorgen war die Mehrzahl der Berliner Schupo-Polizeibeamten nicht mehr aus der Uniform gekommen. Die Vorgänger des augenblicklichen Polizeipräsidenten haben nach ähnlichen Rekordleistungen und anstrengenden Tagen den Beamten stets als Erholungspause und sichtbare Anerkennung einige Urlaubstage gewährt. Wir haben noch nicht gehört, daß Herr Dr. Meißner dieser Tradition treubleiben will.

Am Wahltag, für den für die gesamte Polizei höchste Alarmstufe angelegt war, gingen einzelne Bezirke der Stadt einem Heerlager der Polizei. Bis zum letzten Wochmeister

war alles alarmiert worden, um sowohl die Wahl als auch den Teilverkehr der städtischen Verkehrsmittel zu schützen und vor Sabotageakte zu bewahren. Der schwere Dienst hörte auch in den Abendstunden nicht auf, denn auch nach der Einstellung des Verkehrs mußten die Straßen weiter gesichert bleiben, um die ordnungsmäßige Überführung der Stimmzettel aus den vielen Wahllokalen zu gewährleisten.

Als ein erfreuliches Kennzeichen der Wahl in Berlin darf man die Tatsache ansehen, daß die Ergebnisse in den Wahllokalen, in denen überwiegend Polizeibeamte ihrer obersten Staatspflicht genüßten, für die Sozialdemokratie und die übrigen republikanischen Parteien recht günstig ausgefallen sind. Als beste Stichprobe für die Frage nach der politischen Stellung der Polizeibeamten galt auch bei früheren Wahlen schon das Ergebnis des Polizeitrunkenhauses in der Scharnhorststraße, in dem stets Beamte aus den verschiedensten Revieren und der großen Unterkünfte abstimmen. Bei der Wahl am 6. November wurden im Staatsstrankenhause folgende Stimmen abgegeben: Nationalsozialisten 40, Sozialdemokraten 135, Kommunisten 3, Zentrum 31, Deutschnationale 37, Volkspartei 2 und Staatspartei 6. Die überwiegend größte Stimmenzahl hat also die sozial-

demokratische Liste erhalten. Es stehen 172 Stimmen der republikanischen Parteien 79 Stimmen der reaktionären Listen gegenüber.

Auch hier zeigt sich, daß die Arbeit, die Männer wie Carl Severing und Albert Grzesinski für den Staat und seine Polizei geleistet haben, nicht umsonst gewesen ist. Die Mehrzahl der Beamten hat erkannt, daß Volk und Polizei zusammengehören und daß es ein Verbrechen am Volke ist, wenn Maßnahmen dazu führen, wieder jene Entfremdung zwischen der Polizei und den Werktätigen zu bringen, die dem Vorkriegsdeutschland eigen war. Interne Maßnahmen der „grundtätigen neuen Staatsführung“, die manchmal aus dem Wunsch geboren schienen,

aus dem modernen Polizeibeamten mit seinen staatsbürgerlichen Rechten wieder den politisch rechtslosen Soldaten zu machen,

waren zudem wenig geeignet, für die Parteien der Reaktion zu werden. Der gesunde Sinn des republikanischen Beamten sträubt sich gegen die Kräfte, denen die frische Luft in den Polizeiuferkünten unerwünscht ist und die jene ständige Atmosphäre der Kaserne wieder schaffen möchten, in denen Freiheit, eigenes Verantwortungsbewußtsein und Verbundenheit mit dem Volke nicht geduldet.

Heute Vollverkehr

Langsame Zunahme der Beförderungsmöglichkeiten

Gestern am frühen Nachmittag konnte die BVG. nahezu sämtliche Straßenbahn-, Autobus- und U-Bahnlinien in Betrieb setzen. Auf 76 Straßenbahnlinien fuhren 710 Straßenbahnwagen, zum Teil doppelt behängt. Der Autobusbetrieb wurde auf 22 Linien mit insgesamt 235 Wagen und der U-Bahnverkehr mit Ausnahme der Teilschnitte Gesundbrunnen-Neukölln, Pankow-Alexanderplatz, Warschauer Brücke-Nottbusser Tor, Hermannplatz-Grenzallee und Alexanderplatz-Friedrichshof, durchgeführt.

Trotz des ruhigen Straßenbildes patrouillierten verstärkte Schupoströßen durch die Straßen und bis in die Abendstunden hinein wurde die Mehrzahl der BVG-Fahrzeuge aus Sicherheitsgründen weiter von Polizeibeamten begleitet.

Wenn sich keine unvorhergesehenen Zwischenfälle ereignen sollten, ist nun endgültig damit zu rechnen, daß der Straßenbahn- und Autobusverkehr wieder planmäßig durchgeführt werden kann.

Bei Eintritt der Dunkelheit wurden wieder von Rechts- und Linksradikalen an einigen Stellen Steine gegen fahrende Straßenbahnen geschleudert, dabei wurden verschiedene Scheiben zertrümmert. Wie bekannt wird, ist in einem Falle ein Fahrgast durch Steinwurf am Kopf erheblich verletzt worden, er mußte die Hilfe einer Rettungsstelle in Anspruch nehmen. — Ein mit besonderer Brutalität verübter Überfall wird aus Reinickendorf-Ost gemeldet. Dort fielen mehrere uniformierte SA-Leute über den Straßenbahnschaffner Koppermann her und schlugen ihn zu Boden. Erst als ein Schupo-Beamter dem Straßenbahner zu Hilfe eilte und einen Schreckschuß ab-

feuerte, ließen die rohen SA-Patrone von ihrem Opfer ab und stüchteten. Einer der Hitlerbanditen konnte von dem Beamten eingeholt und festgenommen werden. Der feige Bursche wurde der Politischen Polizei übergeben. Koppermann mußte mit schweren Verletzungen in das Jüdische Krankenhaus nach der Egerzierstraße im Norden Berlins gebracht werden.

Eine Nazisaalschlacht

Die Richter machens wieder gnädig

Vor dem Schnellschöffengericht war die Harzburger Front jüngst wieder einmal gespalten: Der eine Teil saß auf der Anklagebank, der andere Teil stand am Zeugentisch und spie Gift und Galle gegen die bösen Buben.

Drei Nationalsozialisten, die sich an der Schlacht in der deutschnationalen Versammlung am 5. Oktober im „Deutschen Hof“ beteiligt hatten, mußten sich wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verantworten. In dieser Versammlung hatte eine Gruppe Nationalsozialisten in der Nähe der Rednertribüne Platz genommen und versuchte schon während des Vortrags des ersten Redners, durch Lärmen und Brüllen die Versammlung zu sprengen. Der Versammlungsleiter drohte mit seinem Hausrecht. Ein Nazi rief seinen Kameraden zu: „Laßt ihn doch erst eine Zeitlang quatschen!“ Jemand schrie: „Ruhe!“ Das war das Signal zum allgemeinen Tumult. Die Nazis schlugen mit Stühlen und Tischen auf die

Versammlungsbesucher ein. Der Angeklagte Schmidt, bereits wegen Körperverletzung und unbefugten Waffenbesitzes verurteilt — er war gerade am 5. Oktober aus dem Gefängnis entlassen worden —, warf auch gegen die Polizei einen Stuhl; vorher wollte er mit einem Tisch dreinschlagen; die anderen beiden, der Handlungsgehilfe Sasse und der Schlichter Henke, kamen nicht dazu. Schmidt behauptete, es liege eine Personenerweichung vor und bat um Vertagung, damit er in der nächsten Verhandlung seinen Doppelpänger mitbringen könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schmidt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Haftbefehl, gegen die beiden anderen wegen groben Unfugs je einen Monat Haft. Das Gericht vertagte die Verhandlung.

Schmidt hatte eine Woche später, d. h. jetzt am Montag, mit seinen Zeugen nur einen Teilerfolg; er wurde nur wegen Widerstandes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen beiden Nazis kamen sogar mit Freispruch davon.

Nazi-Jaekel muß blechen

Eine für die Nationalsozialistische Partei äußerst peinliche Klage stand vor dem Potsdamer Arbeitsgericht an. Als Kläger trat der Schriftleiter der nationalsozialistischen Wochenschrift „Die Potsdamer Wacht“, Dr. Graf von Schwerin, auf.

Zu verantworten hatte sich der nationalsozialistische Verleger der „Potsdamer Wacht“, Redakteur Jaekel. Der Graf war seinerzeit bei der „Wacht“ angestellt worden mit dem Auftrag, mit Potsdamer und Berliner Behörden Fühlung zu nehmen. Pöblich jedoch wurde der „Wacht“ das Geld knapp, Graf Schwerin erhielt keine Bezahlung und drohte nun mit einer Klage. Daraufhin wurde er plötzlich beurlaubt. Zu dem Termin war

der belagte Nazi-Jaekel nicht erschienen. Fünf Minuten vor Beginn des Prozesses überbrachte ein strammer Nazimann einen Brief, wonach Jaekel plötzlich verreisen mußte. Es erging ein Verfallurteil gegen ihn, wonach er dem Grafen Schwerin noch 90 Mark Gehalt nachzahlen muß. Ferner erkannte das Arbeitsgericht, daß das Dienstverhältnis des Grafen zur „Wacht“ bis zum 31. Dezember 1932 fortbesteht.

Tolles Funkprogramm

9. November

mit Jazz und August Winnig

Der 9. November gibt uns Sozialisten als der Tag, an dem das in der Heimat mehr und mehr verhungerte Volk und sein an den Fronten durch Hunger, Not und feindliche Uebermacht begimiertes und zermürbtes Heer sich dem erbarmungslosen Diktat seiner siegreichen Gegner beugen mußte. Es ist ein Tag furchtbarer, tiefer Tragik, die nur erhellet werden konnte durch den Gedanken, daß das schändliche gegenseitige Morden der Völker endlich ein Ende gefunden hatte. Von jeher hat die Sozialdemokratie diesen Tag durch entsprechende Feiern würdig begangen. Die neue Leitung der Funkstunde, weit entfernt, den Ernst des Tages zu begreifen, beginnt den Nachmittag des 9. November mit „Heiteren Opernduetten“ und läßt ihn abends um 22 Uhr — das Endergebnis des „großen Krieges“ am Abend des 9. November 1918 waren bekanntlich acht Millionen Tote — mit fröhlicher Tanzmusik enden. Zwischenburch erdreißet man sich, an diesem Tage den Hören einen Mann wie August Winnig zuzumuten, der zu dem Thema sprechen darf: „Gelebtes Leben, Pflicht ohne Ende!“ Die seit einiger Zeit so sehr betonte „deutsche“ Note kommt am 9. November offenbar durch folgende Konzertstücke zum Ausdruck: „Im Wein ist Wahrheit“ — „Binat Bacchus“ — „Polkina Humoreske“ — „Herbstrosenmalzer“ — „Carnavalouvertüre“ — „Tausendundeine Nacht“ und schließlich durch Tango, Foxtrott, Schimmel, Blues und Jazz. Offenbar zur lebendigen Illustrierung des Winnig'schen Vortrages vom Gelebten Leben wird schließlich auch noch — am 9. November 1932 — ein Bericht vom Sechstagerennen durchgegeben.

In der Tat, so sieht sie heute aus, die deutsche Kultur, wie sie Deutschnationale und Nationalsozialisten in trautem Verein im Berliner Rundfunkausschank verzapfen.

Gühne für Doppelmord

Zehn Jahre Gefängnis

Das große Jugendhoffengericht verurteilte den 17jährigen Ernst Waldow, der am 2. Mai dieses Jahres das Hausbesitzerpaar Baars mit einem Beil erschlagen und beraubt hat, und der auch bekanntlich einen Raubüberfall auf Elisan Harven geplant hat, wegen Mordes in zwei Fällen in Tateinheit mit schwerem Raub zu der für Jugendliche gesetzlich zulässigen Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis. Sechs Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

„Die Humanität der deutschen Novemberrevolution.“ Im Rahmen einer Erinnerungsstunde an den 9. November 1918 spricht Pastor I. R. Franke bei der Deutschen Liga für Menschenrechte, Ortsgruppe Nord, am 9. November, 20.30 Uhr, im Restaurant „Humboldthütte“, Brunnenstraße 94.



Viele hundert Marken kamen und gingen,

› Juno blieb ‹

weil Millionen Raucher den Wert einer gleichmäßig hohen Leistung anerkennen.

Dieses ehrende Vertrauen wird Juno stets zu rechtfertigen wissen.

Ihre hervorragende Qualität verlangt unbedingt den Ausschluß aller unsachlichen Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerien.

Nur so kann Juno für alle Zukunft ihren Ruf aufrecht erhalten.

Juno steht fest!



Reichspost und „öffentliches Wohl“

Freiheitspfeile verboten — Hakenkreuz erlaubt

Im August d. J. teilte der „Vorwärts“ mit, daß eine im Bereich des Postamts Berlin N. 4 aufgebundene Postkarte, die auf der Vorderseite die drei Freiheitspfeile trug, dem Absender unbefördert zurückgegeben wurde. Begründet wurde dieses erstaunliche und befremdende Vorgehen mit dem § 4 der Postordnung, wonach Sendungen von der Beförderung ausgeschlossen sind, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen das öffentliche Wohl verstoßen. Als „gegen das öffentliche Wohl verstoßend“ sollen Parteiparolen, Abbildungen von Parteiabzeichen oder sonstige Abzeichen politischer Art angesehen werden. Die symbolhafte Bedeutung der drei Freiheitspfeile bezieht sich u. a. auch auf die Wahrung von Disziplin, d. h. Ordnung. Demnach müßte also, wenn man dem Weisheitsmund der Deutschen Reichspost glauben sollte, Ordnung gegen das öffentliche Wohl verstoßen. Man sollte nun annehmen, daß die Reichspost sich zum mindesten bemüht, ihren Zensur- und Zensurverfahren gerecht und ohne Anfechtung der Parteien wirken zu lassen. Davon kann aber nicht die Rede sein. Dasselbe Postamt Berlin N. 4 hat am 1. November eine Postkarte mit einer offensichtlichen politischen Zeichnung, die einen Mannertopf darstellt, auf dessen Röhre eine brutale Faust niederfällt, glatt und ohne die geringste Beanstandung expediert. Die Zeichnung

ist als politische unerkennbar; denn der Mannertopf mit der Röhre zielt auf die Sozialdemokratie.

Und nun ein zweiter Fall. Das Postamt Berlin-Friedenau I ließ am 25. Oktober dieses Jahres einen verschlossenen Brief, der nicht die Adresse des Absenders trug, wohl aber in der Ecke links unten eine kleine Klebemarke mit den drei Pfeilen, zur Ermittlung des Absenders an die Oberpostdirektion gehen, die tatsächlich den Brief öffnete, also

einzig und allein wegen der Klebemarke mit den drei Pfeilen das Briefgeheimnis verletzte,

und den Brief an den Absender zurückgehen ließ. Außerdem gab auch noch das Postamt Berlin S.W. 11, Anhalter Bahnhof, seinen Senf dazu, indem es mitteilte: „Zurück an den Absender. Wegen politischer Abzeichen ausgeschlossen.“ In der oberen Ecke stand ein Stempel: „Rücksendung gerechtfertigt.“ Wer für diesen wichtigen Stempel verantwortlich ist, konnten wir leider nicht ermitteln. Da dieser Brief mit der kleinen Dreipfeil-Klebemarke also offenbar durch drei bis vier postalische Hände gegangen ist, so kann man sich vorstellen, welches Gefühl von Wichtigkeit und Bedeutung den Bufen der Beamten geschwellt haben muß, als sie wieder einmal eine so gefährliche, gegen das öffentliche Wohl verstoßende Postsache in Händen

hatten. Aber gut, Dienst ist schließlich Dienst und Paragraph ist Paragraph. Doch siehe da, man verleiht es auch im Postamt Berlin-Friedenau I genau so wie im Postamt Berlin N. 4, über einen Paragraphen hinwegzuhüpfen. Uns wurde jetzt ein Brief vorgelegt, der am 2. November bei dem Postamt Berlin-Friedenau I aufgegeben, von diesem Amt ge-

ohne jede Beanstandung auch expediert worden ist, trotzdem sich in der unteren linken Ecke ein großes Hakenkreuz befindet.

Keine Auslegungs- und Deutungskünsteleien irgendeines Postmannes werden nunmehr imstande sein, uns von der Ueberzeugung abzubringen, daß auf der Deutschen Reichspost mit zweierlei Maß gemessen wird. Das nationalsozialistische Kampfzeichen, unter dem die wüsten Ausschreitungen und Bluttaten geschehen sind, darf auf der Deutschen Reichspost ungehindert passieren. Das Zeichen, das in der Stunde höchster nationaler Gefahr die staatsbejahenden, staatsbehaltenden Elemente gegen den völk- und staatsverleumdenden Nationalsozialismus aufgerufen und gesammelt hat, dieses Zeichen wird durch Postweisheit mit dem Raufes belegt, daß es gegen das öffentliche Wohl verstoße. Diese einfache Feststellung dürfte der Deffenlichkeit gemügen. Alles weitere wird sich noch finden.

In wenig Worten

Das Reichsgericht hat die Revision des wegen Falschmünzerei und ungerechtfertigter Doktoratföhrung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Berliner „Rechtsanwalts“ Cornel Salaban verworfen; ebenso den Revisionsantrag der Frau Salaban, die wegen Beihilfe ein Jahr Gefängnis zubüßte bekam.

Das Oberste Bundesgericht in Washington hat die Todesurteile gegen die sieben Regier von Scottsboro, die sich an weißen Mädchen vergangen haben sollen, aufgehoben.

Ein schwerer Sturm wütet über dem Karibischen Meer und ganz Mittelamerika. Der britische Dampfer „Themius“, der auch einige Passagiere an Bord hat, sandte SOS-Rufe aus. Man befürchtet, daß er gesunken ist.

In dem Golf von Biscaya stießen zwei Fischerboote zusammen. Das eine der beiden Fahrzeuge wurde led und sank. 10 Mann ertranken.

Ein zehnjähriger Knabe erstach in einem kleinen Ort bei Piacenza (Italien) seinen zwölfjährigen Bruder im Streit.

In Wülheim (Ruhr) hat sich eine 36jährige Frau erhängt. Auf die gleiche Art folgte ihr, wenige Stunden später, ihr Vater, ein 70jähriger Kastellan in den Tod. Er hinterließ die Erklärung, daß ein Leben ohne die Tochter für ihn sinnlos sei.

Der größte Kronleuchter der Welt — übrigens das Werk eines Deutschen — wurde in einem New-Yorker Kino aufgehängt. Der Leuchter wiegt 6,5 Tonnen, ist 7,5 Meter breit, 10 Meter hoch und trägt 400 Lampen und 124 Scheinwerfer.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Weiterhin kühl, trübe mit Regenfällen, schwache bis mäßige Winde aus östlicher Richtung. — In Deutschland: Leberall trübes und kühles Wetter. Vielfach Regenfälle.

SPORT

Trabrennen zu Mariendorf.

In-Lane-Rennen: 1. Soelitia (Sofort); 2. Ostara; 3. Eros; 4. Duncan. Toto: 69:10. Wagt: 21, 18, 16, 23:10. Ferner liefen: Anichallah, Laufendünker, Thunichig, Jordan, Jarnus, Vels-Garde-Gular, Dieltzer, Wäzler, Hermann Klümers, Harwest Frisco.

Wald- und Koppel-Rennen: 1. Annut (Ch. Mühl); 2. Krüftel; 3. Nina Lodd. Toto: 14:10. Wagt: 10, 10:10. Ferner lief: Walde.

St.-Robert-Rennen: 1. Frisco (J. Frömming); 2. Patrier; 3. Bianca. Toto: 17:10. Wagt: 18, 17, 10:10. Ferner liefen: Diane, Vachhof, Vandsreider, Perseus, Altmacht, Oshendorf, Planter Hans.

Flora-Ne-Retton-Rennen: 1. Redonia (Bel.); 2. David Dillon; 3. Costa Rica; 4. Cortes. Toto: 208:10. Wagt: 31, 20, 130, 74:10. Ferner liefen: Südbund, Rosfelden, Quertina, Ma Water, Heiderin, Orient, Ingara (4. bis zu), 50 Pros. Wagt zur., Kattium, Linie, Delft, Marjan, Jofaste, Herrhafter, Charmant, Lustiges Mädchen.

Concilio-Rennen: 1. Colonel Wagoman (Ch. Mühl); 2. Ehrlich; 3. Oulker; 4. Beta Truien. Toto: 15:10. Wagt: 11, 14, 12, 12:10. Ferner liefen: Ostermartha, Rita 2. (als 3. bis zu), 50 Pros. Wagt zur., Gales, Solo Truien, Stephan, Hagen (o. W.), Amolschunth, Ward 2., Venares, Cubilla, Samson.

Doppelwette: Frisco — Colonel Wagoman 36:10.

Puppenrevue bei Wertheim

Die Weihnachtsausstellung am Spielwarenlager des Hauses Wertheim, Leipziger Straße, führt sich mit einer ganz entzückenden Puppenrevue „Wenn Spielzeug lebt“ ein. Der große Mittelschiff im Erdgeschoß beherbergt ein Puppendorado, wie man es sich schöner und reichhaltiger kaum denken kann. Der mittlere Aufbau zeigt das große Puppentreffen aller Nationen zu frühlichem Spiel; da tummeln sich winzige Puppenkinder. Daneben macht der feste Berliner Schuster seine feinen fehrlichen Ill und erregt damit Tante Calalias Mißfallen. Riedliche, pralle Bäuerinnen liebäugeln mit frühlichen Jungens, der dicke Koch kneift die pudige Küchenfee und im Hintergrund laßt die Berg- und Talbahn. Rings um das Mittelpanorama gruppieren sich eine Reihe lustiger Bilder. Da ist erstmal der geläutete Kaffeekoch eilicher Kaktentanten. Neben an ist große Hundschau. Ein Stück weiter gibt's große Puppenhochzeit. Am Schuppenplatz schwingt der Kraftmeier den Hammer. Schließlich sieht die spätere Puppengeneration gemächlich wartend am Flugplatz Vordamer Platz und harret bei einer Tasse Kaffee, bis ihre Flugbahn mit Umsteigerberechtigung anschwirrt. Alles lebt, alles bewegt sich und in dichten Scharen ziehen die Menschenkinder an all der Herrlichkeit mit freudigem Staunen vorbei.

Eine auch für Berliner Verhältnisse ungewöhnlich gute Aufführung der Johann-Strauß-Operette „Der Zigeunerbaron“ kann man jetzt allabendlich im Rose-Theater sehen. In den Hauptrollen sind die Damen Traute Rose, Teresa Gerion, Gertrud Rathan und die Herren Willi Rose, Erich Suckmann, Ferdinand Uper und Kurt Mikulski beschäftigt. Am Bußtag und Totensonntag werden „Die Räuber“ von Friedrich von Schiller in einer Reuigenisierung von Paul Rose je zweimal um 6 und 9 Uhr in hervorragender Besetzung aufgeführt.

Kab des D 2017

In der Nordsee aufgefischt

Rotterdam, 7. November.

Das belgische Loffenboot Nr. 14 hat in der Nähe des Feuerschiffes „Maas“ ein Kab vom Fahrgestell eines Flugzeugs aufgefischt, das vermutlich von dem vor etwa einer Woche über der Nordsee verunglückten und spurlos verschwundenen deutschen Postflugzeug D 2017 der Nachpostlinie London-Berlin stammt. Der um das Kab befindliche Teil trägt die Kennzeichnung „Elektron-Metall GmbH, Konstanz-Stuttgart“, Typ 905/150.

Der neue Winkelried

An den Anschlagäulen liest man eine Verjammlungsanzeige der Nazis, auf der neben anderen auch als Referent Emil Unger-Winkelried als früherer „Vorwärts“-Redakteur genannt wird.

Alte Erinnerungen steigen auf: Emil Unger, das ist doch der frühere Berichterstatter und kurzfristige „Verantwortliche“, der wegen „besonderer Befähigung“ seines Amtes sehr schnell wieder entbunden wurde? Richtig er ist!

Aber Winkelried? Hat er sich den Schweizer Heldennamen beigelegt, um seinen etwas „anrüchlich“ klingenden Vaternamen bei den Nazis besser motivieren zu können? Er war doch damals keine so große Heldensfigur! Höchstens mit dem Maule, wenn er in Verammlungen für den Kirchenaustritt in allen Registern über Waffen, Religion u. a. weiterte.

Winkelried hat nach der Schweizer Sage in einer Schlacht die feindlichen Speere, die in einer Front den Schweizern entgegen starrten, mit seinen Armen zusammengerissen und auf seine Brust gerichtet, um so den eigenen Leuten freie Bahn zu schaffen. Wie aber bewies der neue Winkelried seinen Heldenmut? Als der Krieg ausbrach, hatte er Sorge, daß ihm als „Vaterlandsverräter“ von den Hurratrioten eine Abreibung zubüßet werden könnte. Eines Tages erschien auf der Redaktion des „Vorwärts“ ein Herr, der sich erst nach längerem Raten als Emil Unger entpuppte. Sein wallendes Vorkenhaar, seinen Schnurbart und seinen Spitzbart hatte er auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Dann wurde er allgemach begeisteter Kriegsanhänger.

Aber auch ihn traf sein unerbittlich Schicksal. Winkelried wurde zu den sogenannten Schipperrn, zu den Armitierungssoldaten angeheft. In seiner Kriegsbegeisterung hoffte er immer noch, daß Deutschland den Sieg erringen würde, ehe er die Schippe in die Hand nehmen müßte. Monate und Monate verstrichen, der Krieg wütete weiter. Und eines Tages schlug wie eine Bombe bei dem neuen Winkelried die Gestellungsorder ein. Doch unter Freund Emil, der den Mut der deutschen Muskoten so oft bewunderte, zog nicht ins Kriegsgeheiß, um die feindlichen Gewehre zusammenzuraffen und auf sich zu richten. Im Gegenteil! Ihn erschütterte die Gestellungsorder zu den Schipperrn so gewaltig, daß er zum Arzt ziehen mußte, um sich seinen daran getragenen Keroendhol beschneigen und kurieren zu lassen.

Und da sage noch einer, der jegliche Nazitreferent Unger-Winkelried trage seinen schmüdenden Beinamen nicht mit vollem Recht und sei nicht berufen, Heldenmut und Tapferkeit den Anhängern des Dritten Reiches zu demonstrieren.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Kreis Wedding, Dienstag, den 8. November, 20 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Selterstraße 33, Sitzung der

erweiterten Kreisleitung. Gruppe „Norden“. Donnerstag, den 10. November, Gruppenabend. Vortrag „Das Alkoholproblem in Rußland“. Referent: Genosse Philippsohn. Freitag, den 11. November, Gruppenabend. „Aus der Praxis der Gruppenarbeit“. Referent: Genosse Jounes. Sämtliche Veranstaltungen, soweit nicht anders angegeben, in der „Alkoholfreien Gaststätte, Gottschalkstraße 33“, Beginn 20 Uhr. Gäste willkommen.

Heimgegeigt

Vier Schulklassen sechzehnjähriger Wiener Gymnasialschüler besuchten unter Führung ihrer Lehrer ein städtisches Gaswerk. Einige der Besucher glaubten, die Gasarbeiter mit den Zeichen der neuen Heilslehre beglücken zu müssen und verstrauten papierene Hakenkreuze auf den Boden. Die unmittelbare Folge war, daß die Belegschaft sofort die Arbeit niederlegte und der Betriebsrat die Wertschätzung von diesem Zwischenfall unterrichtete. Die Beschäftigung des Gaswerks, dessen Ingenieure belehrende Hinweise gegeben hatten, wurde abgebrochen und die hoffnungsvolle Jugend zum Ausgang geleitet. „Arbeits-tunse bildeten das Nachwort; ein großer Teil der Schüler antwortete mit der Bekundung seiner Sympathie für die rasche und entschlossene Abwehr der Arbeiterkraft.

Blinde bitten um Arbeit und Brot

Der Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Blinden, Berlin-Steglitz, der seit 46 Jahren als größte Hilfsorganisation für die Arbeits- und Berufsfürsorge der Blinden in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg wirkt, erstrebt in Anbetracht der dringenden Notlage eine durchgreifende Winter- und Weihnachtshilfe für seine Schöplinge. Alle, die sich des unerleichen Augenlichtes erfreuen, werden zur Unterstützung dieses sozialen Hilfswerkes aufgerufen. Geldbeiträge werden auf das Postcheckkonto des Vereins, Berlin 85188 erbeten; jedoch auch Warenspenden, die in Berlin und mit Ausweis versehenen Boten abgeholt werden, sind bringend erwünscht und äußerst willkommen.

Kolonistenschrecken

Nach 100 Einbrüchen endlich gefaßt

Seit längerer Zeit bildete eine unbekannte Einbrecherkolonne den Schrecken zahlreicher Kolonisten in den Berliner Vororten Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf usw., ohne daß es gelang, den Tätern auf die Spur zu kommen, die bei ihren nächtlichen Raubzügen zahlreiche Fahrräder, Geflügel, Einrichtungsgegenstände und verchiedentlich auch Bargeld erbeuteten.

Umfangreiche Ermittlungen der Kriminalpolizei legten ein, die Landjäger wurde herangezogen. Die Recherchen führten jetzt zu dem Ergebnis, daß zwei Männer verhaftet wurden, die die zahlreichen Einbrüche begangen haben: ein 23 Jahre alter Otto Sch. aus Mahlsdorf und ein 25 Jahre alter Julius B. aus Hühnow.

Die Ermittlungen der Polizei führten von den Vororten nach dem Zentrum der Stadt, wo von Zeit zu Zeit ein schwunghafter Handel mit Fahrrädern in der „Münze“ beobachtet wurde. Man kam dabei dem 23 Jahre alten Otto Sch. auf die Spur und stellte fest, daß die angebotenen Räder

Melbet Kindermißhandlung

Die Fälle schwerer Kindermißhandlungen der letzten Zeit veranlassen den Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung zu der Bitte, ihm alle Fälle von Kindergefährdung oder Mißhandlung von Kindern umgehend mitzuteilen, damit der Verein eingreifen kann. Er weist gleichzeitig darauf hin, daß der Melder seinen Namen nicht zu nennen braucht. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin N. 24, Dranienburger Str. 13/14, und ist telefonisch durch D 1 Norden 2147 zu erreichen.

Spiel schafft Arbeit

In die katastrophale Notlage der Erzgebirger Spielwarenindustrie trafen plötzlich Bestellungen aus Deutschland und Holland für das Ho-Ho-Spiel ein. Die Katharinerberger Hausindustrie hat nun mehr Arbeit als sie bewältigen kann. Ganz Deutschland und Holland spielt mit erzgebirgischem Ho-Ho. Auf ähnliche Art brachte die „Milly-Maus“-Mode für die Gabelberger Industrie für hunderte Familien Arbeit und Brot.

Für 10 000 Mark Beute machten Einbrecher in der Wohnung eines Kaufmanns K. in der Münchener Straße 9 in Schöneberg. Sie stahlen wertvolle Platindrings, einen Herrenpelz und einen Perlanker. Bei einem Einbruch in der Chausseestraße 19 in Mariendorf erbeuteten Diebe für etwa 12 000 Mark Damenstoffe und fertige Konfektion.

Lebensrettungsmedaille für einen 13jährigen Schüler. Das preussische Staatsministerium hat dem 13 Jahre alten Schüler Hellmut Grisebach aus Berlin-Spandau, Kurstraße 2, für sein mutiges und entschlossenes Verhalten die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr verliehen. Der tapfere Schüler hat am 4. August dieses Jahres einen vierjährigen Knaben, der beim Spielen in den Nordhafen in Spandau gefallen war, vom Tode des Ertrinkens getettet.

In den Anzeigen der Kolonisten als gestohlen gemeldet worden waren. Otto Sch. war plötzlich verschwunden, und es dauerte geraume Zeit, bis man sein Versteck aufstöbern konnte. Er hatte sich in eine einsame Daus in Mahlsdorf zurückgezogen und ließ sich dort während der Tagesstunden nicht blicken. Als die Kriminalbeamten seinen Aufenthaltsort festgestellt hatten, umstellte man in der Nacht das Versteck des Diebes und holte ihn heraus.

Noch in der Nacht wurden die Ermittlungen nach seinem Komplizen Julius B. fortgesetzt. Man hatte erfahren, daß B. in der Kolonie „Auf dem Berge“ in Hühnow sich aufhielt. Auch hier wurde das Versteck umstellt und der Dieb festgenommen.

Beide haben zusammen in der dortigen Gegend seit Monaten in ganz systematischer Weise die Kolonien geplündert und brachten die Beute in Berlin in den Handel. Durch die Festnahme sind die Laubendwöhner von dem „Schrecken von Mahlsdorf“ befreit.

SCHICKSAL MASCHINE

12] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKE

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Ueberflüssig, das ist das richtige Wort! Erst läßt Ihr Euch durch den Arbeiter Geld verdienen, mit dem Geld erfindet und kauft Ihr Maschinen, die erlegen den Arbeiter, den Ihr dann auf die Straße werfen könnt.“

„So einfach liegen die Dinge nicht! Auch wir müssen arbeiten! Wenn wir nicht die Ware, die der Arbeiter erzeugt, verkaufen, dann kann der Arbeiter bald nicht mehr arbeiten!“

„Ich will's zugeben, daß solche Funktionen noch notwendig sind! Aber ist es nicht ein krasses Mißverhältnis, wie Ihr heute lebt und jene, die die Arbeit verrichten! Es wäre viel besser in der Welt, man würde Euch auf die Straße und ließe Maschinen und Arbeiter allein. Sie würden sehen, geehrter Herr, wie schnell wir Ihren sogenannten Kopf erlegen könnten. Köpfe wachsen viel rascher als Hände!“

„Wissen Sie was, junger Mann?“ sagte Weltlin lächelnd. „Ihre Zeit kommt ohnedies bald! Ich glaube, unsere Zeit hat sich ein wenig überlebt und bald werdet Ihr uns an die Luft setzen können und machen, was Ihr wollt. Dann könnt Ihr alles besser machen!“

„Aber bis dahin laßt Ihr ja alle Menschen verhungern! Ihr hinterläßt uns nichts als ein ungeheures Chaos, ein Trümmerfeld in wüstestem Zustand!“

„Aha, ein Mißverständnis! Das Mißlingen ist immer gut“, sagte der Schriftsteller Wormier mit ruhiger Stimme, rauchte aus einer großen Zigarre und sah ganz unschuldig drein.

„Dich werden wir als ersten unschädlich machen, Literatengespens!“

„Ich habe zur Kenntnis genommen, daß Ihr Geist nicht braucht, daß Ihr Gehirn nicht sprazieren will. Ueber die Art, wie Ihr die Todesstrafe am Geist, exemplifiziert an meiner ganz unwürdigen Person, ausüben wollt, habt Ihr aber immerhin noch einige Zeit nachzudenken, so unmittelbar dürfte ja die Bestirgung durch Euch nicht bevorstehen!“

„Da irrst du, Genosse — Bourgeois. Die wird früher erfolgen, als Ihr denkt. Ihr liegt ja bereits in den letzten Zügen, Ihr seid schon zum Teil in Verwesung übergegangen. Ja, spürst du denn nicht, daß du bereits stinft?“

„In deiner Nähe und in diesem Raum“, sagte Wormier, die Nase rümpfend. „sind Gerüche so schwer zu differenzieren.“

„Mit Literaten soll man überhaupt nicht reden, man soll sie nur prügeln“, sagte der Langmähne und wandte sich wieder Weltlin zu.

„Ja, Herr Weltlin, haben Sie denn noch nie ernsthaft nachgedacht, was aus all diesen Menschen ohne Arbeit werden soll? Glauben Sie, daß diese Menschen, die Sie auf die Straße werfen, ewig hungernd ruhig zu Hause sitzen werden? Es wäre strafbare Dummheit, das für möglich zu halten!“

„Und was wäre der Effekt, wenn sie die Nacht an sich rissen, diese Hungernden? Wäre mit einem Male alles besser und anders?“

„Gewiß! Nicht mit einem Male, aber allmählich.“ Und eine Fülle soziologischer Gelehrsamkeit ergoß sich über Weltlin.

„Jetzt stopp ein wenig, halt ein, du Grausamer!“ sagte Wormier. „Bestaune eine kleine Glosse, o Freund! Du sprichst immer, daß die Arbeiter die Sklaven des Kapitals sind. Nun denn: Solltet Ihr da nicht froh und glücklich sein, daß Ihr jetzt befreit werdet und nicht mehr arbeiten müßt! Genießet also also eure Freiheit!“

„Und wozu sollen wir leben?“ brüllte der Langmähne.

„Stehlen, Kinder! Stehlen. In der Schlußfolgerung, mein Lieber, sind wir einer Meinung! Mit eurer Politik laßt Ihr keine Ruhe mehr! Man will euch keine Arbeit geben? Gut! So feiert einmal, der Mensch hat mehr als zuviel gearbeitet. All das, was wir jetzt mitmachen, kommt aus der Arbeit, sind die Früchte der Arbeit. Ihr habt zu lange geschrien: Die Arbeit hoch! Das kommt davon: Wenn Ihr die Arbeit leben läßt, läßt sie euch nicht leben. Seid also fürderhin keine Kapitalistenknechte mehr.“

„Und was soll daraus entstehen, du Neunmalweiser?“

„Abwarten! Alles, meine Lieben, entwickelt sich. Es wird schon etwas daraus entstehen. Ich denke: Mord, Lausschlag, Brand, Vernichtung und Wiederauferstehung. Seid nicht so neugierig. Eure Entel werden es schon erfahren!“

Weltlin erhob und verabschiedete sich. Wohin sollte er nun gehen. Ein Gefühl unendlicher Vereinfachung stieg in ihm auf. Auf der Straße stieß er fast in ein verschlungenes Pärchen; es waren Albert und das Fräulein Vera Wagner, die gerade in das Kaffeehaus wollten.

„Du hier, Vater?“ rief Albert.

„Ja. Ich dachte dich zu treffen, Albert. Ich ging früher aus der Fabrik, konnte nicht mehr auf dich warten.“

„Ich will dich begleiten, Vater, Vera wird einzuweilen im Kaffeehaus auf mich warten.“

„Das Fräulein kann doch mitkommen.“

„Nein, Vater, ich habe mit dir zu reden.“ Gehorsam verabschiedete sich das Fräulein und Vater und Sohn gingen gemeinsam fort. „Ist das jetzt Sitte, Freundinnen auf solche Weise zu behandeln?“ fragte Weltlin, und es ärgerte ihn, daß ein lehrhafter Ton in seiner Stimme mitschwang.

„Das wird wohl individuell sein, Vater“, sagte Albert verbissen und fing unvermittelt an. „Ich wollte dich etwas fragen, Vater, ich wollte dich um etwas bitten. In deiner Fabrik entläßt man wieder Menschen. Hunderte Arbeiter sollen wieder auf die Gasse gesetzt werden. Muß das sein?“ Albert blieb stehen und sah den Vater an.

„Ja. Es muß sein, wir haben keine Arbeit mehr für sie.“

„Deine Fabrik ist doch überbeschäftigt.“

„Allerdings, doch die inzwischen weiter entwickelte Erfindung Crustus' macht wieder Arbeitskräfte entbehrlich, wir können billiger erzeugen und so den Absatz heben.“

„Und wäre es nicht möglich, Vater, einzuhalten mit allen Neuerungen und nicht noch mehr Menschen ins Elend zu stoßen?“

„Nein, Albert. Glaubst du wirklich, daß es mir Freude macht, dieses Elend mitanzusehen? Glaubst du wirklich, ich unternehme solche Schritte aus Uebermut? Denkst du wirklich, daß ich ohne Empfinden dem Elend gegenüberstehe? Aber man kann sich der Entwicklung nicht entgegenstellen! Die Maschine kann nicht mehr still stehen. Wir alle sind in ihre Räder geraten, sind Stoff, den sie verarbeitet.“

„Ich nicht, Vater!“ sagte Albert. „Es ist möglich, daß du von deinem Standpunkt aus nicht anders kannst! Aber wäre es nicht besser, du würdest alles hin und würdest nicht der Hentel ungezählter Menschen?“

„Und was hälst du? Andere kämen und täten dasselbe, nur vielleicht roher und gewalttätiger!“

Die Beiden gingen schweigend nebeneinander. Dann sagte leise der Sohn:

„Das alles hindert nicht, daß dein Name heute mit Verachtung, Haß, ja Abscheu genannt wird!“

„Ach, die Zeitungen, die Politiker...“

„Möglich, Vater, möglich, doch es ist ja. Wenn du nicht umkehren kannst, wenn du wirklich nicht einhalten kannst, dann habe ich eine Bitte an dich: Leg' mir keine Schwierigkeiten in den Weg, wenn ich deinen Namen ablegen will.“

Weltlin war stehen geblieben. Er versuchte seinem Sohn in die Augen zu sehen, doch die Dunkelheit der Nacht ließ nur die Umrisse der Gestalt sichtbar werden.

„Du würdest wirklich unseren Namen ablegen?“

„Was liegt an einem Namen, Vater?“

„Gewiß, gewiß, mein Sohn“, brachte mühsam Weltlin hervor. „Gewiß! Ihr seid ja alle so gekheit, ihr jungen Menschen. Doch wenn so wenig an dem Namen liegt, warum willst du ihn dann fortwerfen?“

„Weil ich es nicht ertragen kann, daß mein Vater als Ausbeuter, Hentel, als leidenschaftlicher Teufel tagtäglich von unzähligen Menschen verflucht wird. Ich kann das einfach nicht mehr länger ertragen!“

„Und bleibe ich deshalb weniger dein Vater, wenn du auch einen anderen Namen führst? Bin ich dann weniger Ausbeuter, Hentel, Teufel?“

„Ich weiß das alles nicht, Vater! Ich weiß nur, daß ich diesen Namen nicht länger mehr tragen will.“

„Bitte, Albert! Handle, wie du es für notwendig hältst. Ich habe dir nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Vielleicht war das falsch. Vielleicht stündest du sonst in diesen bösen Tagen an meiner Seite und ich hätte einen Sohn, einen Helfer bei mir. Handle also, wie du glaubst und kannst. Und empfiehl mich noch dem Fräulein Vera Wagner. Nein, wir wollen uns hier verabschieden. Den Weg nach Hause möchte ich gern allein gehen.“ Er reichte seinem Sohn die Hand und war schon im Dunkel verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Stirbt das Konzert?

Brief an Wilhelm Furtwängler / Von Paul Bekker

Paul Bekkers neuestes Werk befaßt sich mit all den offenen und so schwer zu beantwortenden Fragen unseres Musiklebens: der Produktion und Reproduktion, der Theaterführung, der Organisation, der Kritik. Wichtig sind freilich nicht so sehr die Adressaten dieser „Briefe an zeitgenössische Musiker“ (Max Hesse, Berlin) — mag auch ihre Individualität, ihre Sendung, ihre Leistung, mag ihre Silhouette vor dem Hintergrund der Zeit noch so deutlich werden — wichtiger sind die allgemeinen Probleme und deren Lösungsversuche, als deren Repräsentanten sie aufgerufen werden. So geht es hier auch nicht so sehr um den auch von Bekker hochgeschätzten Dirigenten Furtwängler, als um die Form des Konzerts, seine einstige Blüte und seinen unaufhaltsamen Verfall.

Ich glaube, daß das bisherige große Konzert, und genau so der Konzertdirigent, einer Gattung von aussterbenden Erscheinungen angehört. Also Untergang des Abendlandes? Keineswegs. Entfallen wir uns, daß Konzert und Dirigent nicht gar so lange auf der Welt sind. Wer und was hat beide erzeugt? Die Beethovensche Sinfonie. Wir stehen jetzt ein Jahrhundert von Beethoven entfernt. Punkte die unmittelbare Raubzeit mit dem Urteil warten, so dürfen wir heut, nach hundert Jahren, ohne vorzeitig zu erscheinen, sagen, daß Beethovensche Sinfonien seit Beethoven nicht mehr geschrieben worden sind. Alles was an artähnlichen Schöpfungen seitdem erschienen ist, von Schubert, Schumann, Mendelssohn, Brahms, Bruchner, Mahler, Strauß, kann bei äußerster Hochachtung seines Eigenwertes der Sinfonie Beethovens nicht verglichen, geschweige gleichgestellt werden. Es verhält sich zu diesem Vorbild wie etwa die Oratorien des 19. Jahrhunderts zu denen von Händel.

Hätten wir uns also über die Möglichkeit eines Ausbaues der Sinfonie geduldet? Nicht über die Möglichkeit des Ausbaues der Form im einzelnen, wohl aber über die Möglichkeit der Haltung und Fortführung des Wesens der Gattung. Die Sinfonie stirbt ab, wie früher schon das Oratorium. Mit der Sinfonie aber lebt und stirbt das Konzert, denn die Sinfonie ist das schöpferisch idealisierte Konzert. Oder glauben Sie im Ernst, daß die nächstfolgende Zeit uns eine Komponistenerscheinung bringen wird, die eine Weiterhaltung des Orchesterkonzerts und des Dirigenten als wichtigsten Exponenten der Beethovenschen Sinfonieform rechtfertigen kann?

Ich glaube es nicht. Lassen Sie mich dazu einen Bericht geben über das letzte Konzert, das ich unter Ihrer Leitung hörte und das mir in Erinnerung ist wie ein Merkwürdiges des heutigen Konzerts und seiner Möglichkeiten.

Sie führten Beethovens Erste, die Zweite von Brahms und Strawinskys „Feuervogel“ auf, also repräsentative Werke aus drei Zeitaltern der Konzertsituation. Wie standen sie zueinander? Gehört Strawinskys „Feuervogel“ überhaupt in den Konzertsaal? Ich glaube: auf die Bühne. Aber Sie brachten aus den vorhergenannten Gründen ein zeitgemäßes Werk. Nun hätten zwar Originale zur Verfügung gestanden, bei den meisten indessen wäre der orchestrale Reiz und die bildhafte Kraft des Vortrages geringer gewesen, und ich vermute, daß Ihnen daran lag, gerade diese Art Ihres Könnens einem modernen Wert gegenüber zu erweisen. Also war

die Gegenwart durch einen Notbehelf vertreten — zugunsten der Ausführenden. Das ist mir zu wenig, besonders wenn ich diese Wahl als symptomatisch nehmen muß und ganz besonders im Hinblick auf die eröffnende Erste von Beethoven.

Wie war das doch? Reproduktion oder Improvisation? Ich weiß es nicht. Ich vergaß die Entstehungszeit des Werkes, ich vergaß Furtwängler und mich, aber ich sah Beethoven, will sagen, ich sah eine unerhörte und immer wieder unfaßbare Lebenstraft und Schaffensenergie, die stetig sich bewegt und Welten emporschleift wie eine Zentralsonne — und sah sie in der Kraft, Helligkeit und unbeschwerter Selbstsicherheit ihrer ersten Mannesjugend. Ich dachte wieder, was man immer denkt beim Anhören einer Beethovenschen Sinfonie, wenn sie richtig aufgeführt wird: diese ist doch die schönste von allen.

Nun kam Brahms. Welch eine Wiedergabe, ohne romantischen Dunst, ohne jene so reizvolle Tschafalok-Poesie, die etwa Ritsch seinem distgeliebten Brahms stets mitgab, verhalten, gedäbdigt und dann wieder plötzlich riesenhaft ausbrechend. Bei alledem wurde es immer stiller in mir. Die schöne Beethoven-Freude erlosch, es wurde mir eng und enger kamute. Ich sah nicht mehr den schöpferischen Genius und das zeugende Sonnenlicht, ich sah den planetarischen Reflex, kühl und rein, gewiß, aber nicht die Kraft an sich, nur noch ihr körperloses Spiegelbild.

Jetzt aber das Deprimierende: die Erkenntnis nämlich, daß dieser Brahms es ist, auf den die Hörerschaft am stärksten reagiert, daß sie im Grunde genommen auch im Beethoven immer den Brahms sucht und sieht. Sind es nicht gerade Aufführungen dieser idealisierend verklärenden Art, die solche Grenzen des Geistigen, des Sittlichen und des Erdischen, des Sphärischen und des Racheempfindenen verwischen? Die darüber hinaus sogar die Täuschung erwecken, als sei der Stillstand Brahms ein Weiterleben der Kraft Beethovens?

In diesem Stillstand aber lebt unser Publikum seit mehreren Jahrzehnten, seitdem es angefangen hat, das große Quintet Brahms in sich aufzunehmen. In diesem Stillstand lebt unser Konzert, und wenn es sich richtig repräsentieren will, so zeigt es jene absteigende Linie, wie das hier erwähnte Programm: Beethoven, Brahms, Strawinskij. Sie aber, Wilhelm Furtwängler, sind es, der diese Vorkraft vom Stillstand bringt, der sie bringen muß, und zwar so gut und so überzeugend, wie es nur ihm möglich ist: so also, daß seine Kunst uns vorläufigen muß, dies sei eine Bewegung, wo es doch eine Erstarrung ist.

So ist es also mit dem Konzertrepertoire schlechter noch bestellt als mit dem Opernspielplan? Die Oper hat wenigstens außer einem relativ großen Bestand eigenwüchsiger deutscher Werke den Rückhalt an einer starken und sachlich wichtigen ausländischen Produktion. Das Konzert ist vorwiegend auf das deutsche Schaffen angewiesen, es kann ausländische Beigaben nur episodisch, im allgemeinen lediglich als Füllsel einbringen.

Wäre dann nicht die Aufgabe des Konzertes als der Stätte des Beethoven-Kultes mit den daran sich organisch anfügenden Ergänzungen groß und umfassend genug, daß man die nicht hineinpassende neue Produktion grundsätzlich ausschließen und sich auf die naturgegebene Aufgabe beschränken dürfte?

Eine unausführbare Idee, werden Sie sagen. Wenn auch der neuen Werke nicht viele sind und niemand sie lebt, weder das Publikum, noch das

ausführende Orchester, noch der Dirigent — wir brauchen sie doch als gewissermaßen gegensätzlich anregende, um nicht zu sagen paprizierende Zutaten und nach dem Befehl der Mischung, wie es auch beim Theater beobachtet wird.

Gerade das Theater gelte als Beispiel. Habe ich doch selbst den Gedanken des „musicalen“ Theaters propagiert, wobei ich allerdings stets betonte, daß unter musical die Zusammenfassung alles Lebendigen von der Vergangenheit bis zur unmittelbaren Gegenwart zu verstehen sei — also vom Pergamon-Museum über das Kronprinzenpalais bis zu den Sezessionen. Beim Theater lebe ich diese Möglichkeit der dauernden Erneuerung durch Mischung der Substanzen als gegeben, beim Konzert sehe ich sie nicht. Das liegt nicht an den Menschen und ihren Begabungen, es liegt am Konzert als Formerscheinung. Hängt es vielleicht damit zusammen, daß Sie selbst immer wieder den Drang nach dem Theater haben, obgleich dieses für Ihre mit langamer Schwere arbeitende Natur ein äußerst mühsam zu handhabender Apparat ist?

Dabei fällt mir ein, daß Sie auch im Theater sich fast nur Werken älterer Herkunft zuwenden — Pflgners „Herz“ war Ihre erste und einzige Neuheit. Somit wäre wohl Bayreuth der richtige Ort für Sie, und Sie wären der richtige Mann für Bayreuth. Hat man aber je erfahren, daß Bayreuth den richtigen Mann gewählt hätte? Von den Zeiten Hans von Bülow an laßt hier ein Verhängnis, und die kleinsten Dinge regieren

7 Jahre Rheumatismus



Über 7 Jahre habe ich an Rheumatismus gelitten und war zuletzt gänzlich arbeitsunfähig. Nach Verbrauch von sechs Paketen Zinsser-Rheumatec kann ich meine Arbeit wieder voll ausführen und ich kann Ihnen nur bestätigen, daß ich nunmehr von meinem qualvollen Rheumatismusleiden vollständig befreit bin.
4174 Wilhelm Hoffmann, Justerburg, Kaisersteinitz.

Zinsser-Rheumatec
Ist ein vorzügliches Mittel bei Rheumatismus, Gicht, Jochtas, Gichtberreihen, Neuralgien, Herenschau und Kreuzschmerzen. Paket Mk. 1.82, verstärkt (D. A. P. a.) Mk. 2.25. In vielen Apotheken zu haben, sonst direkt. (Verjand-Apotheke.) Verlangen Sie aber ausdrücklich „Zinsser“ und achten Sie auf nebenstehende Schutzmarke.
Dr. Zinsser & Co. G.m
Leipzig 75
60.000 Anerkennungen über Zinsser-Rheumatec (notariell beglaubigt)
Unter Engros-Beziehungsbedingungen: Berlin C 25, Bernauer Str. 36, Tel. Kupfergraben 2274, weit auf Wunsch Verkaufsstellen gern nach

